



Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 9/2014

12. Juli 2014

Inhaltsverzeichnis

Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeitsverordnung – OWiZuVO) vom 16. Juni 2014	342	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Universitäten und Fachhochschulen – Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Studienjahr 2014/2015 (Sächsische Zulassungszahlenverordnung 2014/2015 – SächsZZVO 2014/2015) vom 20. Juni 2014	352
Vierte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Änderung der Sächsischen Studienplatzvergabeverordnung vom 17. Juni 2014	350	Gemeinsame Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz zur Änderung wasserrechtlicher Verordnungen vom 12. Juni 2014	363

Verordnung

der Sächsischen Staatsregierung

über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeitsverordnung – OWiZuVO)

Vom 16. Juni 2014

Es wird verordnet aufgrund von

1. § 36 Abs. 2 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), das zuletzt durch Artikel 18 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3786, 3796) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
2. § 127 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. März 2014 (SächsGVBl. S. 146), die durch Artikel 6 des Gesetzes vom 2. April 2014 (SächsGVBl. S. 234, 237) geändert worden ist,
3. § 26 Abs. 1 des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3313) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
4. § 19 Abs. 5 Satz 1 des Gesetzes über das Meß- und Eichwesen (Eichgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. März 1992 (BGBl. I S. 711), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. März 2011 (BGBl. I S. 338) geändert worden ist,
5. § 61 Abs. 3 Satz 1 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 2 Abs. 147 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3159) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
6. § 8 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundqualifikation und Weiterbildung der Fahrer bestimmter Kraftfahrzeuge für den Güterkraft- oder Personenverkehr (Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz – BKrFQG) vom 14. August 2006 (BGBl. I S. 1958), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 17. Juni 2013 (BGBl. I S. 1558, 1560) geändert worden ist, und
7. § 21 Abs. 1 Satz 1 des Güterkraftverkehrsgesetzes (GüKG) vom 22. Juni 1998 (BGBl. I S. 1485), das zuletzt durch Artikel 8a des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3313, 3325) geändert worden ist:

§ 1

Geltungsbereich

Die sachliche Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach Bundesrecht bestimmt sich nach dieser Verordnung, soweit sie nicht durch Bundesrecht oder Landesgesetz geregelt ist.

§ 2

Zuständigkeiten der Landkreise und Kreisfreien Städte

Für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach Bundesrecht sind die Landkreise und Kreisfreien Städte zuständig, soweit in dieser Verordnung oder einer Verordnung nach § 16 nichts anderes bestimmt ist. Die Aufgaben sind Weisungsaufgaben. Das Weisungsrecht ist nicht beschränkt.

§ 3

Zuständigkeiten der Gemeinden

(1) Die Gemeinden sind zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. dem Gesetz über Personalausweise und den elektronischen Identitätsnachweis (Personalausweisgesetz – PAuswG) vom 18. Juni 2009 (BGBl. I S. 1346), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 13 und Artikel 4 Abs. 1 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3161), in der jeweils geltenden Fassung,
2. dem Paßgesetz (PaßG) vom 19. April 1986 (BGBl. I S. 537), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749, 2755),
3. den §§ 144, 145 und 146 der Gewerbeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 6. September 2013 (BGBl. I S. 3556, 3557) und
4. § 8 Abs. 1 Nr. 4 des Gesetzes zum Schutz vor nichtionisierender Strahlung bei der Anwendung am Menschen (NiSG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2433), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 8. April 2013 (BGBl. I S. 734, 745),

soweit die Gemeinden für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig sind.

(2) Die Großen Kreisstädte sind zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 49 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) vom 6. März 2013 (BGBl. I S. 367), soweit die Ordnungswidrigkeiten nicht auf Bundesautobahnen begangen wurden und nicht die Gemeinden nach den Absätzen 3 und 4 zuständig sind.

(3) Zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 49 StVO sind

1. Gemeinden mit mindestens 10 000 Einwohnern,
2. erfüllende Gemeinden von Verwaltungsgemeinschaften mit mindestens 10 000 Einwohnern,

soweit die Ordnungswidrigkeiten gegen verkehrsrechtliche Anordnungen nach § 45 StVO auf Gemeindestraßen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Straßengesetzes für den Freistaat Sachsen (Sächsisches Straßengesetz – SächsStrG) vom 21. Januar 1993 (SächsGVBl. S. 93), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 2. April 2014 (SächsGVBl. S. 234) geändert worden ist, oder auf sonstigen öffentlichen Straßen nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 SächsStrG begangen wurden. Die Zuständigkeit erstreckt sich auch auf Verkehrsflächen, die zwar nach dem Straßenrecht nicht die Eigenschaft einer öffentlichen Straße besitzen, jedoch öffentliche Verkehrsflächen im Sinne des Straßenverkehrsrechts sind. Für die Zuständigkeit nach Satz 1 Nr. 1 und 2 sind die vom Statistischen Landesamt zum 30. Juni 2009 fortgeschriebenen Einwohnerzahlen maßgebend. Die Gemeinden und erfüllenden Gemeinden nach Satz 1 sind vom Staatsministerium des Innern im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt gemacht. Ihre Zuständigkeit erlischt, wenn die Einwohnerzahl über einen Zeitraum von drei aufeinanderfolgenden Jahren weniger als 10 000 beträgt, die Gemeinde oder die erfüllende Gemeinde keine Gewähr mehr für die ordnungs-

gemäße Erfüllung der Aufgaben bietet und die Fachaufsichtsbehörde dies feststellt. Für die Feststellung der Einwohnerzahl nach Satz 5 sind die vom Statistischen Landesamt auf der Grundlage der jeweils letzten Volkszählung zum 30. Juni eines Kalenderjahres fortgeschriebenen Einwohnerzahlen maßgebend. Das Erlöschen ist vom Staatsministerium des Innern im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt zu machen. Es wird mit Ablauf des auf die Bekanntmachung folgenden Monats wirksam.

(4) Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern sind für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 49 StVO zuständig, soweit die Ordnungswidrigkeiten gegen verkehrsrechtliche Anordnungen nach § 45 StVO auf Gemeindestraßen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 SächsStrG oder auf sonstigen öffentlichen Straßen nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 SächsStrG begangen wurden, wenn sie die Gewähr für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgabe bieten und die Fachaufsichtsbehörde dies auf ihren Antrag feststellt. Absatz 3 Satz 2 gilt entsprechend. Die Gemeinden nach Satz 1 werden vom Staatsministerium des Innern im Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt bekannt gemacht. Die Zuständigkeit der Gemeinde erlischt, wenn die Gemeinde

1. dies bei der Fachaufsichtsbehörde beantragt oder
 2. keine Gewähr mehr für die ordnungsgemäße Erfüllung der Aufgaben bietet
- und die Fachaufsichtsbehörde dies feststellt. Absatz 3 Satz 7 und 8 gilt entsprechend.

(5) Die Absätze 2 bis 4 gelten mit Ausnahme der Großen Kreisstädte Görlitz, Hoyerswerda, Plauen und Zwickau nicht für Ordnungswidrigkeiten, die vom Polizeivollzugsdienst festgestellt wurden.

(6) Die Großen Kreisstädte Görlitz, Hoyerswerda, Plauen und Zwickau sind zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach den §§ 24a und 24c StVG und § 69a der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) vom 26. April 2012 (BGBl. I S. 679), die zuletzt durch Artikel 7 der Verordnung vom 16. April 2014 (BGBl. I S. 348, 377) geändert worden ist, soweit die Ordnungswidrigkeiten nicht auf Bundesautobahnen begangen wurden.

(7) § 2 Satz 2 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Gliederung und die Aufgaben der Polizeidienststellen im Freistaat Sachsen (Sächsische Polizeiorganisationsverordnung – SächsPolOrgVO) vom 16. Dezember 2004 (SächsGVBl. S. 586), zuletzt geändert durch Verordnung vom 13. August 2013 (SächsGVBl. S. 730), wird durch die Absätze 2 bis 6 nicht berührt.

(8) Die Aufgaben nach den Absätzen 1 bis 6 sind Weisungsaufgaben. Fachaufsichtsbehörden sind die Behörden, die nach § 112 SächsGemO die Rechtsaufsicht ausüben. Das Weisungsrecht ist nicht beschränkt.

§ 4

Zuständigkeiten der Landesdirektion Sachsen

Die Landesdirektion Sachsen ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. den §§ 24, 24a und 24c StVG, soweit die Ordnungswidrigkeiten auf Bundesautobahnen begangen wurden,
2. § 87 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes

vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749, 2753) geändert worden ist,

3. § 58 Abs. 1 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Mai 2007 (BGBl. I S. 698), das zuletzt durch Artikel 2 Abs. 175 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3198) geändert worden ist,
4. § 20 Abs. 1 des Luftverkehrsgesetzes (LuftVG) vom 11. Januar 2005 (BGBl. I S. 78), das zuletzt durch Artikel 2 Abs. 180 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3199) geändert worden ist,
5. dem Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln (Arzneimittelgesetz – AMG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 2005 (BGBl. I S. 3394), zuletzt geändert durch Artikel 2a des Gesetzes vom 27. März 2014 (BGBl. I S. 261, 262 und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit sie für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,
6. dem Gesetz über die Werbung auf dem Gebiete des Heilwesens Heilmittelwerbegesetz – HWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3068), zuletzt geändert durch Artikel 1a des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3108, 3110),
7. § 147 der Gewerbeordnung, soweit nicht nach § 7 Abs. 2 Nr. 11 und Abs. 3 das Sächsische Oberbergamt zuständig ist,
8. dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit vom 12. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1885), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 5 des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868, 914, soweit nicht nach § 7 Abs. 2 Nr. 7 das Sächsische Oberbergamt zuständig ist,
9. dem Arbeitszeitgesetz (ArbZG) vom 6. Juni 1994 (BGBl. I S. 1170, 1171), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 6 des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868, 914), und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit nicht nach § 7 Abs. 2 Nr. 8 und Abs. 3 das Sächsische Oberbergamt zuständig ist,
10. dem Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit (Arbeitsschutzgesetz – ArbSchG) vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1246), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836, 3847), und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit nicht nach § 7 Abs. 2 Nr. 12 und Abs. 3 das Sächsische Oberbergamt zuständig ist,
11. dem Gesetz über das Fahrpersonal von Kraftfahrzeugen und Straßenbahnen (Fahrpersonalgesetz – FPerSG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 640), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Juni 2013 (BGBl. I S. 1558, 1559), und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
12. dem Gesetz zum Schutz der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz – JArbSchG) vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 17. Juni 2013 (BGBl. I S. 1558, 1559), und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit nicht nach § 7 Abs. 2 Nr. 9 und Abs. 3 das Sächsische Oberbergamt zuständig ist,
13. dem Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutter-schutzgesetz – MuSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 2002 (BGBl. I S. 2318), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 23. Oktober 2012 (BGBl. I S. 2246, 2261), und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit nicht nach § 7

- Abs. 2 Nr. 10 und Abs. 3 das Sächsische Oberbergamt zuständig ist,
14. dem Heimarbeitsgesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 804-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 225 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407, 2434), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
 15. dem Gesetz über die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt (Produktsicherheitsgesetz – ProdSG) vom 8. November 2011 (BGBl. I S. 2178, 2179, 2012 I S. 131), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
 16. dem Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3313, 3324), in der jeweils geltenden Fassung, soweit sich die dort genannten Ordnungswidrigkeiten auf Vorschriften der Verordnung über den Schutz vor Schäden durch Röntgenstrahlen (Röntgenverordnung – RöV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 2003 (BGBl. I S. 604), geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 4. Oktober 2011 (BGBl. I S. 2000, 2048), in der jeweils geltenden Fassung, beziehen,
 17. dem Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz – BtMG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. März 1994 (BGBl. I S. 358), zuletzt geändert durch Artikel 2 und Artikel 4 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3159, 3200), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit sie für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,
 18. § 32 Abs. 1 und 2 Nr. 1 und 2 in Verbindung mit § 8 Abs. 2 Satz 1 Nr. 6 des Gesetzes zur Regelung des Transfusionswesens (Transfusionsgesetz – TFG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 2007 (BGBl. I S. 2169), das durch Artikel 12 des Gesetzes vom 17. Juli 2009 (BGBl. I S. 1990, 2012) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
 19. dem Gesetz über das Apothekenwesen (Apothekengesetz – ApoG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Oktober 1980 (BGBl. I S. 1993), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2420), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
 20. dem Gesetz zum Schutze der Auswanderer und Auswanderinnen (Auswandererschutzgesetz – AuswSG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. März 2013 (BGBl. I S. 443), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
 21. dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749, 2758), in der jeweils geltenden Fassung, soweit in dieser Verordnung nichts anderes bestimmt ist,
 22. dem Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. Juli 2013 (BGBl. I S. 1943), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit sie für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,
 23. dem Gesetz über den Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen (Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz – TEHG) vom 21. Juli 2011 (BGBl. I S. 1475), zuletzt geändert durch Artikel 2 und Artikel 4 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3159, 3200), in der jeweils geltenden Fassung, soweit sie für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,
 24. dem Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Chemikaliengesetz – ChemG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Juli 2008 (BGBl. I S. 1146), in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3498, 3991), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit sie für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,
 25. dem Gesetz über die Rechtsstellung vorgeprüfter Apothekeranwärter (ApoAnwRstG) vom 4. Dezember 1973 (BGBl. I S. 1813), geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 27. April 2002 (BGBl. I S. 1467, 1474), in der jeweils geltenden Fassung,
 26. dem Tierseuchengesetz (TierSG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1260, 3588), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 112 und Artikel 4 Abs. 88 des Gesetzes vom 7. August 2011 (BGBl. I S. 3154, 3183, 3207), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit sie für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,
 27. dem Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (TierNebG) vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 91 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044, 3052), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit sie für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,
 28. dem Tierschutzgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Mai 2006 (BGBl. I S. 1206, 1313), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 90 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3207), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit sie für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,
 29. dem Gesetz über Medizinprodukte (Medizinproduktegesetz – MPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. August 2002 (BGBl. I S. 3146), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 62 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3205), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit nicht nach § 9 Nr. 3 der Staatsbetrieb für Mess- und Eichwesen zuständig ist,
 30. § 20 des Gesetzes über die Spende, Entnahme und Übertragung von Organen und Geweben (Transplantationsgesetz – TPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. September 2007 (BGBl. I S. 2206), das zuletzt durch Artikel 5d des Gesetzes vom 15. Juli 2013 (BGBl. I S. 2423, 2429) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
 31. dem Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz – SprengG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. September 2002 (BGBl. I S. 3518), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 67 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3205), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit nicht nach § 7 Abs. 2 Nr. 5 und Abs. 3 das Sächsische Oberbergamt zuständig ist,

32. dem Gesetz über die Beförderung gefährlicher Güter (Gefahrgutbeförderungsgesetz – GGBefG) vom 6. August 1975 (BGBl. I S. 2121), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 148 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3191), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit nicht nach § 7 Abs. 2 Nr. 13 und Abs. 3 das Sächsische Oberbergamt zuständig ist,
33. den §§ 3 und 4 des Gesetzes zur weiteren Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts (Wirtschaftsstrafgesetz 1954) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 1975 (BGBl. I S. 1313), das zuletzt durch Artikel 55 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864, 1872) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, soweit es sich nicht um Zuwiderhandlungen gegen die Preisangabenverordnung (PAngV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Oktober 2002 (BGBl. I S. 4197), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 20. September 2013 (BGBl. I S. 3642, 3660), in der jeweils geltenden Fassung, handelt,
34. § 8 des Gesetzes zur Durchführung der Verordnung (EU) Nr. 305/2011 zur Festlegung harmonisierter Bedingungen für die Vermarktung von Bauprodukten und zur Umsetzung und Durchführung anderer Rechtsakte der Europäischen Union in Bezug auf Bauprodukte (Bauproduktengesetz – BauPG) vom 5. Dezember 2012 (BGBl. I S. 2249, 2450), in der jeweils geltenden Fassung,
35. dem Gesetz über die umweltgerechte Gestaltung energieverbrauchsrelevanter Produkte (Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz – EVPG) vom 27. Februar 2008 (BGBl. I S. 258), geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 31. Mai 2013 (BGBl. I S. 1388, 1391), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
36. der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge (ArbMedVV) vom 18. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2768), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 23. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3882), in der jeweils geltenden Fassung, soweit nicht nach § 7 Abs. 2 Nr. 14 und Abs. 3 das Sächsische Oberbergamt zuständig ist,
37. § 16 Abs. 1 und 2 Nr. 1 des Telemediengesetzes (TMG) vom 26. Februar 2007 (BGBl. I S. 179), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 31. Mai 2010 (BGBl. I S. 692) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und
38. § 26 des Gesetzes über genetische Untersuchungen bei Menschen (Gendiagnostikgesetz – GenDG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2529, 3672), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 31 und Artikel 4 Abs. 18 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3166, 3201) in der jeweils geltenden Fassung.

§ 5

Zuständigkeiten des Staatsbetriebes Sachsenforst

Der Staatsbetrieb Sachsenforst ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. § 23 Abs. 2 Nr. 10 Buchst. b und Nr. 11 des Forstvermehrungsgutgesetzes (FoVG) vom 22. Mai 2002 (BGBl. I S. 1658), das zuletzt durch Artikel 37 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934, 1944) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, in dem Umfang der übertragenen Aufgaben nach § 37 Abs. 4 Satz 3 des Waldgesetzes für den Freistaat Sachsen (SächsWaldG) vom 10. April 1992 (SächsGVBl. S. 137), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Juni 2012 (SächsGVBl.

S. 308, 318) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,

2. dem Gesetz zum Ausgleich von Auswirkungen besonderer Schadensereignisse in der Forstwirtschaft (Forstschäden-Ausgleichsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. August 1985 (BGBl. I S. 1756), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 1. November 2011 (BGBl. I S. 2131, 2142), in der jeweils geltenden Fassung, und
3. dem Berufsbildungsgesetz für die Berufsbildung der Forstwirte.

§ 6

Zuständigkeiten des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie

(1) Das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. dem Düngegesetz vom 9. Januar 2009 (BGBl. I S. 54, 136), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. März 2012 (BGBl. I S. 481), in der jeweils geltenden Fassung,
2. dem Saatgutverkehrsgesetz (SaatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juli 2004 (BGBl. I S. 1673), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 84 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154), in der jeweils geltenden Fassung,
3. dem Gesetz zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz – PflSchG) vom 6. Februar 2012 (BGBl. I S. 148, 1281), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 87 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3182, 3206), in der jeweils geltenden Fassung, soweit es für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,
4. dem Gesetz über den Verkehr mit Milch, Milcherzeugnissen und Fetten (Milch- und Fettgesetz) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 7842-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 198 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407, 2431), in der jeweils geltenden Fassung,
5. dem Fleischgesetz vom 9. April 2008 (BGBl. I S. 714, 1025), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 91 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3184, 3207), in der jeweils geltenden Fassung,
6. dem Tierzuchtgesetz (TierZG) vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3294), zuletzt geändert durch Artikel 2 Abs. 85 des Gesetzes vom 22. Dezember 2011 (BGBl. I S. 3044, 3052), in der jeweils geltenden Fassung,
7. dem Gesetz über Meldungen über Marktordnungswaren in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. November 2008 (BGBl. I S. 2260), geändert durch Artikel 25 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934, 1942), in der jeweils geltenden Fassung,
8. dem Handelsklassengesetz (HdIKIG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. November 1972 (BGBl. I S. 2201), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2722, 2747), in der jeweils geltenden Fassung,
9. dem Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisationen und der Direktzahlungen (Marktorganisationsgesetz – MOG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 2005 (BGBl. I S. 1847), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 93 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3184, 3207), in der jeweils geltenden Fassung,
10. dem Gesetz zur Durchführung der Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union über die besondere Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen und über die Verkehrsbezeichnung und

- Kennzeichnung von Fleisch von bis zu zwölf Monate alten Rindern (Rindfleischetikettierungsgesetz – RIFIEtikettG) vom 26. Februar 1998 (BGBl. I S. 380), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 94 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3184, 3207), in der jeweils geltenden Fassung,
11. dem Gesetz zur Durchführung der Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft über die Etikettierung von Fischen und Fischereierzeugnissen (Fischetikettierungsgesetz – FischEtikettG) vom 1. August 2002 (BGBl. I S. 2980), zuletzt geändert durch Artikel 207 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407, 2432), in der jeweils geltenden Fassung,
 12. dem Gesetz zur Durchführung der Rechtsakte der Europäischen Union auf dem Gebiet des ökologischen Landbaus (Öko-Landbaugesetz – ÖLG) vom 7. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2358), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 7. September 2013 (BGBl. I S. 3563), in der jeweils geltenden Fassung,
 13. dem Gesetz zur Einführung und Verwendung eines Kennzeichens für Erzeugnisse des ökologischen Landbaus (Öko-Kennzeichengesetz – ÖkoKennzG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Januar 2009 (BGBl. I S. 78), geändert durch Artikel 29 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934, 1943), in der jeweils geltenden Fassung,
 14. dem Gesetz über die Registrierung von Betrieben zur Haltung von Legehennen (Legehennenbetriebsregistriergesetz – LegRegG) vom 12. September 2003 (BGBl. I S. 1894), zuletzt geändert durch Artikel 15 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934, 1939), in der jeweils geltenden Fassung,
 15. dem Rennwett- und Lotteriegesetz in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 611-14, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 1 und 4 des Gesetzes vom 29. Juni 2012 (BGBl. I S. 1424, 1425, 1426, 1427; 2013 I 2236), in der jeweils geltenden Fassung,
 16. dem Ernährungsvorsorgegesetz (EVG) vom 20. August 1990 (BGBl. I S. 1766), zuletzt geändert durch Artikel 186 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407, 2429), in der jeweils geltenden Fassung,
 17. dem Gesetz über die Sicherstellung der Versorgung mit Erzeugnissen der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie der Forst- und Holzwirtschaft (Ernährungssicherstellungsgesetz – ESG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1990 (BGBl. I S. 1802), zuletzt geändert durch Artikel 182 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407, 2431), in der jeweils geltenden Fassung,
 18. dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Marktstruktur im Agrarbereich (Agrarmarktstrukturgesetz – AgrarMSG) vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 917), in der jeweils geltenden Fassung,
 19. dem Berufsbildungsgesetz – BBiG vom 23. März 2005 (BGBl. I S. 931), zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749, 2758), in der jeweils geltenden Fassung, für die Berufsbildung in Berufen der Landwirtschaft und der Hauswirtschaft und
 20. dem Gesetz über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten (Lagerstättengesetz) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 750-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert durch Artikel 22 des Gesetzes vom 10. November 2001 (BGBl. I S. 2992, 2999), in der jeweils geltenden Fassung, soweit es für den Vollzug nach § 1 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit über die Zuständigkeit nach dem Lagerstättengesetz (LgstGZuVO) vom 19. Dezember 2006 (SächsGVBl. S. 559), geändert durch Verordnung vom 23. Mai 2008 (SächsGVBl. S. 435), in der jeweils geltenden Fassung, zuständig ist, und den aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen.
- (2) Das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie ist darüber hinaus zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 9 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetzes über Milch, Milcherzeugnisse, Margarineerzeugnisse und ähnliche Erzeugnisse (Milch- und Margarinegesetz) vom 25. Juli 1990 (BGBl. I S. 1471), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 917, 920) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, in Verbindung mit
1. § 17 Abs. 1 Nr. 1 Alternative 2, Nr. 3 und 4 sowie Abs. 2 der Verordnung über Butter und andere Milchstreichfette (Butterverordnung) vom 3. Februar 1997 (BGBl. I S. 144), die zuletzt durch Artikel 20 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2722, 2747) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
 2. § 31 Abs. 2 Nr. 3, 8a und 9 sowie Abs. 3 der Käseverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. April 1986 (BGBl. I S. 412), die zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2722, 2746) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.
- (3) Das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie ist weiterhin zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach
1. a) § 62 Abs. 1 Nr. 2 und 7 BImSchG in Verbindung mit § 21 Abs. 1 Nr. 3 bis 12, 14 und 15 sowie Abs. 3 Nr. 2 in Verbindung mit Abs. 1 Nr. 3 bis 12, 14 und 15 der Zwölften Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung – 12. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juni 2005 (BGBl. I S. 1598), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 14. August 2013 (BGBl. I S. 3230) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und b) § 62 Abs. 2 Nr. 4 und 5 BImSchG, soweit es für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist, sowie
 2. dem Atomgesetz und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, ausgenommen die Röntgenverordnung, soweit nicht nach § 11 Abs. 2 Nr. 1 das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft zuständig ist.

§ 7

Zuständigkeiten des Sächsischen Oberbergamtes

(1) Das Sächsische Oberbergamt ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Bundesberggesetz (BBergG) vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 71 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3205), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen.

(2) Das Sächsische Oberbergamt ist, soweit es sich um Betriebe oder Anlagen handelt, die der Bergaufsicht unterstehen, zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit es für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,
2. dem Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz, soweit es für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,

3. dem Chemikaliengesetz und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit es für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,
4. § 130 OWiG,
5. dem Sprengstoffgesetz, soweit es für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,
6. dem Betriebsverfassungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. September 2001 (BGBl. I S. 2518), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 4 des Gesetzes vom 20. April 2013 (BGBl. I S. 868, 914), in der jeweils geltenden Fassung,
7. dem Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit,
8. dem Arbeitszeitgesetz,
9. dem Jugendarbeitsschutzgesetz,
10. dem Mutterschutzgesetz,
11. § 147 Gewerbeordnung, soweit es für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist,
12. dem Arbeitsschutzgesetz,
13. dem Gefahrstoffverordnungsgesetz und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen und
14. der Verordnung zur arbeitsmedizinischen Vorsorge.

(3) Das Sächsische Oberbergamt ist bei unterirdischen Hohlräumen, die nicht der Bergaufsicht unterliegen, zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach den in Absatz 2 Nr. 4, 5 und 8 bis 14 genannten Gesetzen, soweit es für den Vollzug der verletzten Vorschriften zuständig ist.

§ 8

Zuständigkeit des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr

Das Landesamt für Straßenbau und Verkehr ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. dem Gesetz über das Fahrlehrerwesen (Fahrlehrergesetz – FahrLG) vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1336), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3313, 3321), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
2. dem Bundesfernstraßengesetz (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 31. Mai 2013 (BGBl. I S. 1388, 1391), in der jeweils geltenden Fassung und
3. dem Berufskraftfahrer-Qualifikations-Gesetz.

§ 9

Zuständigkeiten des Staatsbetriebes für Mess- und Eichwesen

Der Staatsbetrieb für Mess- und Eichwesen ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. dem Eichgesetz und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen,
2. dem Gesetz über Einheiten im Messwesen und die Zeitbestimmung (Einheiten- und Zeitgesetz – EinhZeitG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Februar 1985 (BGBl. I S. 408), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 68 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3205), in der jeweils geltenden Fassung, und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung, und
3. § 42 MPG und § 13 der Verordnung über das Errichten, Betreiben und Anwenden von Medizinprodukten (Medizinprodukte-Betreiberverordnung – MPBetreibV) in der Fassung

der Bekanntmachung vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3396), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2326, 2338) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, soweit er für den Vollzug der verletzten Vorschriften zuständig ist.

§ 10

Zuständigkeit der Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen

Die Landesuntersuchungsanstalt für das Gesundheits- und Veterinärwesen ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. dem Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch (Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch – LFGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juni 2013 (BGBl. I S. 1426), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 28. Mai 2014 (BGBl. I S. 698), in der jeweils geltenden Fassung und
2. dem Gesetz zur Durchführung von Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft oder der Europäischen Union auf dem Gebiet der Gentechnik und über die Kennzeichnung ohne Anwendung gentechnischer Verfahren hergestellter Lebensmittel (EG-Gentechnik-Durchführungsgesetz – EGGenTDurchfG) vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1244), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 9. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1934), in der jeweils geltenden Fassung,

soweit sich die Ordnungswidrigkeit auf Futtermittel bezieht.

§ 11

Zuständigkeiten der Staatsministerien

(1) Das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. dem Börsengesetz (BörsG) vom 16. Juli 2007 (BGBl. I S. 1330, 1351), zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes vom 4. Juli 2013 (BGBl. I S. 1981, 2151), in der jeweils geltenden Fassung,
2. dem Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 4 des Gesetzes vom 4. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3746, 3748), in der jeweils geltenden Fassung, und
3. dem Gesetz über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBGG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. September 1998 (BGBl. I S. 2765), zuletzt geändert durch Artikel 6 Abs. 5 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3395, 3453), in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. dem Atomgesetz und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, mit Ausnahme der Röntgenverordnung, soweit es für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist, und
2. dem Chemikaliengesetz und den aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen, soweit es für den Vollzug der verletzten Vorschrift zuständig ist.

§ 12**Zuständigkeiten der Staatsanwaltschaften**

Die Staatsanwaltschaften sind zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. dem Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen (Rechtsdienstleistungsgesetz – RDG) vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2840), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 1. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3714), in der jeweils geltenden Fassung, und
2. § 115 OWiG, soweit sich der Gefangene in Gewahrsam von Justizvollzugsanstalten befindet.

§ 13**Zuständigkeiten einzelner Berufskammern**

Für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit der Berufsbildung nach dem Berufsbildungsgesetz und dem Gesetz zur Ordnung des Handwerks (Handwerksordnung – HwO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. September 1998 (BGBl. I S. 3074, 2006 I S. 2095), zuletzt geändert durch Artikel 19 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749, 2758), in der jeweils geltenden Fassung, sind zuständig

1. die Handwerkskammer, in deren Kammerbezirk die Ausbildungsstätte ihren Sitz hat,
 - a) in Berufen der Handwerksordnung und
 - b) abweichend von den Nummern 2 bis 9, soweit die Berufsausbildungsvorbereitung, die Berufsausbildung und die berufliche Umschulung in Betrieben zulassungspflichtiger Handwerke, zulassungsfreier Handwerke und handwerksähnlicher Gewerbe durchgeführt wird,
2. die Industrie- und Handelskammer, in deren Kammerbezirk die Ausbildungsstätte ihren Sitz hat, für nichthandwerkliche Gewerbeberufe,
3. die Rechtsanwaltskammer Sachsen für Rechtsanwaltsfachangestellte,
4. die Ländernotarkasse für Notarfachangestellte,
5. die Steuerberaterkammer des Freistaates Sachsen für Steuerfachangestellte,
6. die Sächsische Landesärztekammer für Medizinische Fachangestellte,
7. die Landes Zahnärztekammer Sachsen für Zahnmedizinische Fachangestellte,
8. die Sächsische Landesapothekerkammer für Pharmazeutisch-kaufmännische Angestellte,
9. die Sächsische Landestierärztekammer für Tiermedizinische Fachangestellte.

§ 14**Zuständigkeiten des Kommunalen Sozialverbandes**

Der Kommunale Sozialverband ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. § 21 des Gesetzes über die Berufe in der Krankenpflege (Krankenpflegegesetz – KrPflG) vom 16. Juli 2003 (BGBl. I S. 1442), das zuletzt durch Artikel 35 des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515, 2537) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
2. § 25 des Gesetzes über den Beruf der Hebamme und des Entbindungspflegers (Hebammengesetz – HebG) vom 4. Juni 1985 (BGBl. I S. 902), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1348, 1356) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
3. § 15 des Gesetzes über die Berufe in der Physiotherapie (Masseur- und Physiotherapeutengesetz – MPhG) vom

26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1084), das zuletzt durch Artikel 45 des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515, 2544) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,

4. § 7 des Gesetzes über den Beruf der Ergotherapeutin und des Ergotherapeuten (Ergotherapeutengesetz – ErgThG) vom 25. Mai 1976 (BGBl. I S. 1246), das zuletzt durch Artikel 50 des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515, 2546) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
5. § 7 des Gesetzes über den Beruf des Logopäden vom 7. Mai 1980 (BGBl. I S. 529), das zuletzt durch Artikel 52 des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515, 2547) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
6. § 10 des Gesetzes über den Beruf der Diätassistentin und des Diätassistenten (Diätassistentengesetz – DiätAssG) vom 8. März 1994 (BGBl. I S. 446), das zuletzt durch Artikel 48 des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515, 2545) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
7. § 12 des Gesetzes über technische Assistenten in der Medizin (MTA-Gesetz – MTAG) vom 2. August 1993 (BGBl. I S. 1402), das zuletzt durch Artikel 41 des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515, 2542) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
8. § 10 des Gesetzes über den Beruf der Orthoptistin und des Orthoptisten (Orthoptistengesetz – OrthoptG) vom 28. November 1989 (BGBl. I S. 2061), das zuletzt durch Artikel 54 des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515, 2548) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
9. § 9 des Gesetzes über den Beruf der Podologin und des Podologen (Podologengesetz – PodG) vom 4. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3320), das zuletzt durch Artikel 56 des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515, 2549) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
10. § 12 des Gesetzes über den Beruf der Rettungsassistentin und des Rettungsassistenten (Rettungsassistentengesetz – RettAssG) vom 10. Juli 1989 (BGBl. I S. 1384), das zuletzt durch Artikel 19 des Gesetzes vom 2. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2686, 2722) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
11. § 10 des Gesetzes über den Beruf des pharmazeutisch-technischen Assistenten in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1997 (BGBl. I S. 2349), das zuletzt durch Artikel 43 des Gesetzes vom 6. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2515, 2543) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und
12. § 27 des Gesetzes über die Berufe in der Altenpflege (Altenpflegegesetz – AltPflG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. August 2003 (BGBl. I S. 1690), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. März 2013 (BGBl. I S. 446) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

§ 15**Zuständigkeit des Sächsischen Datenschutzbeauftragten**

Der Sächsische Datenschutzbeauftragte ist zuständig für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach

1. § 43 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Januar 2003 (BGBl. I S. 66), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 14. August 2009 (BGBl. I S. 2814) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
2. § 16 Abs. 2 Nr. 2 bis 5 TMG,

3. § 111 Abs. 1 Nr. 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung ** – (SGB IV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 2009 (BGBl. I S. 3710, 3973, 2011 I S. 363), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836, 3843) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
4. § 85 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch – Sozialverfahren und Sozialdatenschutz – (SGB X) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2001 (BGBl. I S. 130), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749, 2754) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und
5. § 130 OWiG, wenn eine mit Strafe oder Geldbuße bedrohte Verletzung von Pflichten begangen wird, deren Einhaltung der Sächsische Datenschutzbeauftragte als Aufsichtsbehörde nach § 38 BDSG zu überwachen hat.

§ 16

Ermächtigung der Staatsministerien

Soweit eine Zuständigkeit in den §§ 3 bis 15 dieser Verordnung nicht bestimmt ist, wird die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen

1. nach § 36 Abs. 2 Satz 1 OWiG auf die fachlich zuständigen Staatsministerien,
2. nach § 26 Abs. 1 Satz 1 StVG auf das Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr übertragen.

§ 17

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeitsverordnung – OWiZuVO) vom 16. Juli 2008 (SächsGVBl. S. 481), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 2. April 2014 (SächsGVBl. S. 260, 261), außer Kraft.

Dresden, den 16. Juni 2014

Der Ministerpräsident
Stanislaw Tillich

Der Staatsminister des Innern
Markus Ulbig

Vierte Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Änderung der Sächsischen Studienplatzvergabeverordnung Vom 17. Juni 2014

Es wird verordnet aufgrund von

1. Artikel 12 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 sowie Abs. 2 des Staatsvertrages über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 5. Juni 2008 (SächsGVBl. 2009 S. 155, 259) in Verbindung mit Artikel 1 Abs. 1 des Gesetzes zum Staatsvertrag über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung vom 16. April 2009 (SächsGVBl. S. 155) und § 1 des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulzulassungsgesetz – SächsHZG) vom 7. Juni 1993 (SächsGVBl. S. 462), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18. Oktober 2012 (SächsGVBl. S. 568, 575) geändert worden ist, und
2. § 12 Satz 1, 2, 4 und 5 SächsHZG im Benehmen mit dem Staatsministerium für Kultus und nach Anhörung der Hochschulen:

Artikel 1

Die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Vergabe von Studienplätzen (Sächsische Studienplatzvergabeverordnung – SächsStudPIVergabeVO) vom 29. Juni 2010 (SächsGVBl. S. 204), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. Juni 2013 (SächsGVBl. S. 494), wird wie folgt geändert:

1. In § 14 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 wird die Angabe „Artikel 24 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854, 2923)“ durch die Angabe „Artikel 22 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749, 2758)“ ersetzt.
2. In § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 wird die Angabe „Artikel 21 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854, 2922)“ durch die Angabe „Artikel 16 Abs. 1 des Gesetzes vom 19. Oktober 2013 (BGBl. I S. 3836, 3851)“ ersetzt.
3. In § 21 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 wird die Angabe „Artikel 7 des Gesetzes vom 6. Juli 2009 (BGBl. I S. 1696, 1700)“ durch die Angabe „Artikel 8 des Gesetzes vom 7. Mai 2013 (BGBl. I S. 1122, 1159)“ ersetzt.
4. § 24 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden nach der Angabe „19“ ein Komma und die Angabe „23“ eingefügt.
 - b) Die folgenden Absätze 6 und 7 werden angefügt:

„(6) Die Quoten nach § 6 Abs. 1 Satz 2 SächsHZG werden in folgender Reihenfolge berücksichtigt:

 1. Auswahl von ausländischen Staatsangehörigen oder Staatenlosen, soweit sie nicht Deutschen gleichgestellt sind, nach § 23,
 2. Auswahl von Bewerbern für ein Zweitstudium nach § 17,
 3. Auswahl in der Abiturbestenquote nach § 11,
 4. Auswahl nach Wartezeit nach § 14,
 5. Auswahl im Auswahlverfahren der Hochschulen nach § 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SächsHZG,
 6. Auswahl nach Härtegesichtspunkten nach § 15.

(7) Die Zulassung erfolgt

 1. für das Sommersemester nicht vor dem 16. Januar,
 2. für das Wintersemester nicht vor dem 16. Juli.“
5. § 25 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 5 Satz 5 wird wie folgt gefasst:

„Im Verfahren für das Sommersemester bis zum 18. Februar und im Verfahren für das Wintersemester bis zum 18. August wieder verfügbare Studienplätze werden gemäß den Ranglisten der Hochschulen auf-rückenden Bewerbern angeboten.“
 - b) In Absatz 7 Satz 2 ist jeweils die Angabe „21“ durch die Angabe „20“ und die Angabe „24“ durch die Angabe „22“ zu ersetzen.
 - c) In Absatz 9 Satz 3 wird die Angabe „4. April“ durch die Angabe „29. März“ und die Angabe „4. Oktober“ durch die Angabe „28. September“ ersetzt.
 - d) In Absatz 12 wird die Angabe „2014“ durch die An-gabe „2017“ ersetzt.
6. Anlage 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - aaa) In Nummer 2 wird die Angabe „24. Oktober 2008“ durch die Angabe „6. Juni 2013“ er-setzt.
 - bbb) In Nummer 3 wird die Angabe „24. Oktober 2008“ durch die Angabe „14. Dezember 2012“ ersetzt.
 - ccc) In Nummer 4 wird die Angabe „24. Oktober 2008“ durch die Angabe „14. Dezember 2012“ ersetzt.
 - ddd) In Nummer 5 wird die Angabe „24. Oktober 2008“ durch die Angabe „7. Februar 2013“ ersetzt.
 - eee) In Nummer 6 wird die Angabe „24. Oktober 2008“ durch die Angabe „7. Februar 2013“ ersetzt.
 - bb) In Satz 2 wird die Angabe „Vereinbarung über die Abiturprüfung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II“ vom 13. Dezember 1973 in der Fassung vom 24. Oktober 2008, veröffentlicht un-ter Nummer 192 der Beschluss-Sammlung KMK“ durch die Angabe „Vereinbarung zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II“ vom 7. Juli 1972 in der Fassung vom 6. Juni 2013, veröffentlicht unter Nummer 176 der Beschluss-Sammlung KMK“ ersetzt.
 - b) In Absatz 4 Satz 1 Nr. 3 wird die Angabe „1. Februar 2007“ durch die Angabe „3. Dezember 2010“ ersetzt.
 - c) In Absatz 10 wird die Angabe „18. November 2004“ durch die Angabe „12. September 2013“ ersetzt.
 - d) In Absatz 13 wird die Angabe „26. Juni 2009“ durch die Angabe „31. Mai 2012“ ersetzt.
7. Anlage 3 Abs. 3 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Der Nummer 3 wird folgender Satz angefügt:

„Dies ist der Fall, wenn die durch das Zweitstudium in Verbindung mit dem Erststudium angestrebte Tätigkeit als Kombination zweier studiengangspezifischer Tätig-keitsfelder anzusehen ist, die im Regelfall nicht bereits von Absolventen einer der beiden Studiengänge wahr-genommen werden kann, und der Betroffene nachweis-bar diese Tätigkeit anstrebt.“

- b) Nummer 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Sonstige berufliche Gründe liegen vor, wenn das Zweitstudium aufgrund der individuellen beruflichen Situation aus sonstigen Gründen, insbesondere zum Ausgleich eines unbilligen beruflichen Nachteils oder um die Einsatzmöglichkeiten der mit Hilfe des Erststudiums ausgeübten Tätigkeit zu erweitern, erforderlich ist.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie gilt erstmals für das Vergabeverfahren zum Wintersemester 2014/2015.

Dresden, den 17. Juni 2014

Die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst
Prof. Dr. Dr. Sabine Freifrau von Schorlemer

Verordnung

des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Festsetzung von Zulassungszahlen an den Universitäten und Fachhochschulen – Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Studienjahr 2014/2015 (Sächsische Zulassungszahlenverordnung 2014/2015 – SächsZZVO 2014/2015)

Vom 20. Juni 2014

Aufgrund von § 2 Abs. 1 in Verbindung mit § 5 Abs. 1 des Gesetzes über die Zulassung zum Hochschulstudium im Freistaat Sachsen (Sächsisches Hochschulzulassungsgesetz – SächsHZG) vom 7. Juni 1993 (SächsGVBl. S. 462), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18. Oktober 2012 (SächsGVBl. S. 568, 575) geändert worden ist, wird nach Anhörung der Hochschulen verordnet:

§ 1

Zulassungszahlen für Studienanfänger

(1) Für die in der Anlage 1 genannten Studiengänge werden für das Studienjahr 2014/2015 die Zahlen der höchstens aufzunehmenden Bewerber (Zulassungszahlen) festgesetzt. Die Zulassungszahlen für Studienanfänger ergeben sich aus der Anlage 1. Studienanfänger werden nur zum Wintersemester (WS) 2014/2015 aufgenommen. Im Studienjahr 2014/2015 werden an der Hochschule Mittweida – Hochschule für angewandte Wissenschaften in den Bachelorstudiengängen Angewandte Medien, Business Management¹, Film und Fernsehen sowie Gesundheitsmanagement und an der Westsächsischen Hochschule Zwickau – Hochschule für angewandte Wissenschaften im berufsbegleitenden Bachelorstudiengang Betriebswirtschaft und im berufsbegleitenden Diplomstudiengang Wirtschaftsinformatik keine Studienanfänger aufgenommen.

(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 3 werden Studienanfänger an der Universität Leipzig im Masterstudiengang Kulturwissenschaften, an der Technischen Universität Dresden in den Masterstudiengängen Biotechnologie und Angewandte Ökologie – Vertiefung Umweltwissenschaften und Biotechnologie, Business Ethics und CSR-Management², Internationales Management sowie Sozialpädagogik, an der Technischen Universität Chemnitz im Masterstudiengang Finance³, an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden – Hochschule für angewandte Wissenschaften in den Masterstudiengängen Angewandte Informationstechnologien, Elektrotechnik/Electrical Engineering sowie Geoinformation und Management, an der Hochschule Mittweida – Hochschule für angewandte Wissenschaften im Masterstudiengang Industrial Management⁴ und an der Hochschule Zittau/Görlitz – Hochschule für angewandte Wissenschaften in den Masterstudiengängen Kultur und Management sowie Management Sozialen Wandels auch zum Sommersemester (SS) 2015 aufgenommen. Studienanfänger werden an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig – Hochschule für angewandte Wissenschaften in den Masterstudiengängen Angewandte Mathematik, Bibliotheks- und Informationswissenschaften, Druck- und Verpackungstechnik sowie Medienmanagement, an der Hochschule Mittweida – Hochschule für angewandte Wissenschaften im Bachelorstudiengang Soziale Arbeit und im berufsbegleitenden Bachelorstudiengang Soziale Arbeit und an der Hochschule

Zittau/Görlitz – Hochschule für angewandte Wissenschaften im Masterstudiengang Soziale Gerontologie ausschließlich zum SS 2015 aufgenommen.

§ 2

Zulassungsbegrenzungen für Bewerber, die nicht Studienanfänger sind

(1) Für die in den Anlagen 1 bis 3 bezeichneten Studiengänge werden für das WS 2014/2015 und das SS 2015 auch Zulassungsbegrenzungen für Bewerber, die nicht Studienanfänger sind, festgesetzt (Auffüllgrenzen).

(2) Die Auffüllgrenzen der in der Anlage 1 genannten Studiengänge entsprechen den für den jeweiligen Studiengang in der Anlage 1 festgelegten Zulassungszahlen für Studienanfänger, soweit nicht in den Absätzen 4 und 5 oder in der Anlage 3 abweichende Festlegungen getroffen sind.

(3) Bewerber, die nicht Studienanfänger sind, werden zum Weiterstudium ab dem zweiten Fachsemester nur in dem Maße neu aufgenommen, wie die Zahl der Studenten des jeweiligen Fachsemesters und des diesem vorausgehenden Fachsemesters zusammen unter der Auffüllgrenze liegt.

(4) An der Hochschule Mittweida – Hochschule für angewandte Wissenschaften wird die Auffüllgrenze für das fünfte Fachsemester in den Bachelorstudiengängen Angewandte Medien für das WS 2014/2015 auf 542 Studenten und für das SS 2015 auf 126 Studenten festgelegt. Die Auffüllgrenze für das fünfte Fachsemester im Bachelorstudiengang Business Management¹ wird für das WS 2014/2015 auf 337 Studenten, für das SS 2015 auf 102 Studenten und im Bachelorstudiengang Gesundheitsmanagement für das WS 2014/2015 auf 61 Studenten sowie für das SS 2015 auf 16 Studenten festgelegt. Die Auffüllgrenze für das fünfte Fachsemester im Bachelorstudiengang Film und Fernsehen wird für das WS 2014/2015 auf 54 Studenten und für das SS 2015 auf 11 Studenten festgelegt.

(5) An der Westsächsischen Hochschule Zwickau – Hochschule für angewandte Wissenschaften werden die Auffüllgrenzen im berufsbegleitenden Bachelorstudiengang Betriebswirtschaft für das fünfte Fachsemester auf 25 Studenten und im berufsbegleitenden Diplomstudiengang Wirtschaftsinformatik für das sechste Fachsemester auf 10 Studenten festgesetzt.

§ 3

Inkrafttreten und Außerkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 15. Juli 2014 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Festsetzung von Zulas-

¹ Unternehmensführung

² Wirtschaftsethik und gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen

³ Finanzwirtschaft

⁴ Industrielles Management

sungszahlen an den Universitäten und Fachhochschulen –
Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Studienjahr
2013/2014 (Sächsische Zulassungszahlenverordnung 2013/
2014 – SächsZZVO 2013/2014) vom 25. Juni 2013
(SächsGVBl. S. 483) außer Kraft.

Dresden, den 20. Juni 2014

Die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst
Prof. Dr. Dr. Sabine Freifrau von Schorlemer

Anlage 1
(zu § 1 Abs. 1, § 2 Abs. 1 und 2)

Zulassungszahlen für Studienanfänger

Studiengänge	Vergabe*	Anzahl der Studienanfänger
--------------	----------	----------------------------

I. Universität Leipzig

1.	Amerikastudien ⁵ (Bachelor)	2	44
2.	Anglistik (Bachelor)	2	88
3.	Archäologie der Alten Welt (Bachelor)	2	39
4.	Begabungsforschung und Kompetenzentwicklung ⁶ (Master)	2	20
5.	Betriebswirtschaftslehre ⁷ (Master)	2	100
6.	Biochemie (Bachelor)	2	48
7.	Biochemie (Master)	2	44
8.	Biologie (Bachelor)	2	67
9.	Biologie (Master)	2	49
10.	Communication Management ⁸ (Master)	2	30
11.	Deutsch als Fremdsprache (Bachelor)	2	33
12.	Deutsch als Fremd- und Zweitsprache (Master)	2	14
13.	Deutsch als Fremdsprache: Estudios interculturales de lengua, literatura y cultura alemanas ⁹ der Universität Leipzig und der Universidad de Guadalajara/Mexiko (Master)	2	5
14.	Deutsch als Fremdsprache: Estudos interculturais de lingua, literatura e cultura alemãs ⁹ der Universität Leipzig und der Universidade Federal do Paraná/Brasilien (Master)	2	3
15.	Deutsch als Fremdsprache im arabisch-deutschen Kontext (Ain-Schams-Universität Kairo/Ägypten) (Master)	2	5
16.	Deutsch als Fremdsprache im deutsch-afrikanischen Kontext der Universität Leipzig und der Universität Stellenbosch/Südafrika (Master)	2	3
17.	Ethnologie (Bachelor)	2	30
18.	European Studies ¹⁰ (Master)	2	20
19.	Geographie (Bachelor)	2	60
20.	Germanistik (Bachelor)	2	80
21.	International Joint Master Programs in Sustainable Development ¹¹ (Master)	2	15
22.	Japanologie (Bachelor)	2	30
23.	Journalistik (Master)	2	30
24.	Kommunikations- und Medienwissenschaft (Bachelor)	2	96
25.	Kommunikations- und Medienwissenschaft (Master)	2	48
26.	Kulturwissenschaften (Bachelor)	2	40
27.	Kulturwissenschaften (Master)	2	18 (WS 2014/2015) 6 (SS 2015)
28.	Kunstgeschichte (Bachelor)	2	44
29.	Lehramt an Grundschulen (Staatsprüfung); davon im Fach	2	280
	a) Deutsch	2	145 Studienplätze
	b) Englisch	2	40 Studienplätze
	c) Ethik/Philosophie	2	20 Studienplätze
	d) Mathematik	2	100 Studienplätze
	e) Sport	2	10 Studienplätze

* 1 = Vergabe durch die Stiftung für Hochschulzulassung, 2 = Vergabe durch Hochschule

⁵ American Studies

⁶ Studies in Abilities and Development of Competences

⁷ Management Science

⁸ Kommunikationsmanagement

⁹ Deutsch als Fremdsprache: Interkulturelle Studien der deutschen Sprache, Literatur und Kultur

¹⁰ Europastudien

¹¹ Internationales Masterprogramm für Nachhaltige Entwicklung

Studiengänge		Vergabe*	Anzahl der Studienanfänger
30.	Höheres Lehramt an Gymnasien (Staatsprüfung); davon im Fach	2	250
	a) Biologie	2	43 Studienplätze
	b) Deutsch	2	86 Studienplätze
	c) Englisch	2	85 Studienplätze
	davon als Lehramtserweiterungsfach	2	5 Studienplätze
	d) Ethik/Philosophie	2	25 Studienplätze
	e) Französisch	2	50 Studienplätze
	f) Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft	2	25 Studienplätze
	davon als Lehramtserweiterungsfach	2	5 Studienplätze
	g) Geschichte	2	55 Studienplätze
	h) Latein	2	40 Studienplätze
	i) Mathematik	2	83 Studienplätze
	j) Spanisch	2	43 Studienplätze
	k) Sport	2	54 Studienplätze
	davon als Lehramtserweiterungsfach	2	5 Studienplätze
31.	Lehramt an Mittelschulen (Staatsprüfung); davon im Fach	2	250
	a) Biologie	2	43 Studienplätze
	b) Deutsch	2	86 Studienplätze
	c) Englisch	2	85 Studienplätze
	d) Ethik/Philosophie	2	22 Studienplätze
	e) Französisch	2	4 Studienplätze
	f) Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung	2	25 Studienplätze
	g) Geschichte	2	34 Studienplätze
	h) Mathematik	2	82 Studienplätze
	i) Spanisch	2	5 Studienplätze
	j) Sport	2	53 Studienplätze
32.	Lehramt Sonderpädagogik (Staatsprüfung); davon im Fach	2	220
	a) Biologie	2	5 Studienplätze
	b) Deutsch	2	40 Studienplätze
	c) Englisch	2	23 Studienplätze
	d) Ethik/Philosophie	2	8 Studienplätze
	e) Geschichte	2	7 Studienplätze
	f) Grundschuldidaktik	2	80 Studienplätze
	g) Mathematik	2	12 Studienplätze
	h) Sport	2	5 Studienplätze
	i) Wirtschaft-Technik-Haushalt/Soziales	2	20 Studienplätze
33.	Linguistik (Bachelor)	2	41
34.	Medizin (Staatsprüfung)	1	300
35.	Pharmazie (Staatsprüfung)	1	36
36.	Philosophie (Bachelor)	2	56
37.	Physische Geographie (Master)	2	20
38.	Politikwissenschaft (Bachelor)	2	35
39.	Politikwissenschaft (Master)	2	18
40.	Psychologie (Bachelor)	2	66
41.	Psychologie (Master)	2	64
42.	Rechtswissenschaft (Erste Juristische Prüfung)	2	455
43.	Religionswissenschaft (Bachelor)	2	15
44.	Soziologie (Bachelor)	2	77
45.	Soziologie (Master)	2	24
46.	Sportmanagement (Bachelor)	2	32
47.	Sportmanagement (Master)	2	22
48.	Sportwissenschaft (Bachelor)	2	100
49.	Sportwissenschaft: Diagnostik und Intervention im Leistungssport (Master)	2	22
50.	Sportwissenschaft: Rehabilitation und Prävention (Master)	2	44
51.	Theaterwissenschaft (Bachelor)	2	41
52.	Veterinärmedizin (Staatsprüfung)	1	130

	Studiengänge	Vergabe*	Anzahl der Studienanfänger
53.	Wirtschafts- und Sozialgeographie mit dem Schwerpunkt Städtische Räume (Master)	2	20
54.	Wirtschaftspädagogik ¹² (Bachelor)	2	35
55.	Wirtschaftswissenschaften ¹³ (Bachelor)	2	186
56.	Zahnmedizin (Staatsprüfung)	1	50

II. Technische Universität Dresden

1.	Angewandte Medienforschung (Master)	2	20
2.	Architektur (Diplom)	2	150
3.	Betriebswirtschaftslehre (Master)	2	90
4.	Biologie (Bachelor)	2	60
5.	Biologie (Master)	2	60
6.	Biotechnologie und Angewandte Ökologie – Vertiefung Umweltwissenschaften und Biotechnologie (Master)	2	35 (WS 2014/2015) 10 (SS 2015)
7.	Business Ethics und CSR-Management ² (Master)	2	45 (WS 2014/2015) 10 (SS 2015)
8.	Chemie (Bachelor)	2	80
9.	Forstwissenschaften (Bachelor)	2	125
10.	Geografie (Bachelor)	2	50
11.	Geschichte (Bachelor)	2	50
12.	Gesundheitswissenschaften/Public Health (Master)	2	30
13.	Integratives Projektmanagement (Master)	2	18
14.	Internationale Beziehungen (Bachelor)	2	36
15.	Internationale Beziehungen (Master)	2	35
16.	Internationales Management (Master)	2	60 (WS 2014/2015) 10 (SS 2015)
17.	Klinische Psychologie und Psychotherapie (Master)	2	60
18.	Kunstgeschichte (Bachelor)	2	30
19.	Kunstgeschichte (Master)	2	30
20.	Landschaftsarchitektur (Bachelor)	2	55
21.	Landschaftsarchitektur (Master)	2	55
22.	Lebensmittelchemie (Staatsprüfung)	2	40
23.	Höheres Lehramt an berufsbildenden Schulen (Staatsprüfung) mit den Fächern:		
	a) Chemie	2	5 Studienplätze
	b) Deutsch	2	20 Studienplätze
	c) Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft	2	10 Studienplätze
	d) Gesundheit und Pflege	2	25 Studienplätze
	e) Lebensmittel-, Ernährungs- und Hauswirtschaftswissenschaft	2	40 Studienplätze
	f) Sozialpädagogik	2	30 Studienplätze
24.	Höheres Lehramt an Gymnasien (Staatsprüfung) mit den Fächern:		
	a) Chemie	2	15 Studienplätze
	b) Deutsch	2	50 Studienplätze
	c) Ethik/Philosophie	2	20 Studienplätze
	d) Englisch	2	40 Studienplätze
	e) Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft	2	20 Studienplätze
	f) Geografie	2	40 Studienplätze
	g) Geschichte	2	30 Studienplätze
	h) Mathematik	2	50 Studienplätze
25.	Lehramt an Grundschulen (Staatsprüfung)	2	112

¹² Business Education and Management Training

¹³ Economics and Management Science

Studiengänge		Vergabe*	Anzahl der Studienanfänger
26.	Lehramt an Mittelschulen (Staatsprüfung) mit den Fächern:		
	a) Chemie	2	10 Studienplätze
	b) Deutsch	2	50 Studienplätze
	c) Ethik/Philosophie	2	20 Studienplätze
	d) Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung	2	20 Studienplätze
	e) Geografie	2	40 Studienplätze
	f) Geschichte	2	30 Studienplätze
	g) Mathematik	2	40 Studienplätze
27.	Medienforschung, Medienpraxis (Bachelor)	2	50
28.	Medizin (Staatsprüfung)	1	226
29.	Molekulare Biotechnologie (Bachelor)	2	30
30.	Philosophie (Bachelor)	2	40
31.	Politik und Verfassung (Master)	2	25
32.	Politikwissenschaft (Bachelor)	2	40
33.	Projektmanagement (Master)	2	18
34.	Psychologie (Bachelor)	2	120
35.	Psychologie: Cognitive-Affective Neuroscience ¹⁴ (Master)	2	45
36.	Psychologie: Human Performance in Socio-Technical Systems ¹⁵ (Master)	2	30
37.	Raumentwicklung und Naturressourcenmanagement (Master)	2	30
38.	Sozialpädagogik, Sozialarbeit und Wohlfahrtswissenschaften (Bachelor)	2	35
39.	Sozialpädagogik (Master)	2	10 (WS 2014/2015) 25 (SS 2015)
40.	Soziologie (Bachelor)	2	30
41.	Soziologie (Diplom)	2	30
42.	Soziologie (Master)	2	30
43.	Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften (Bachelor), mit dem Teilstudiengang Germanistik	2	100
44.	Tropical Forestry ¹⁶ (Master)	2	20
45.	Verkehrswirtschaft (Bachelor)	2	100
46.	Verkehrswirtschaft (Master)	2	60
47.	Weiterbildungsforschung und Organisationsentwicklung (Master)	2	30
48.	Wirtschaftsinformatik (Diplom)	2	50
49.	Wirtschaftsingenieurwesen (Diplom)	2	70
50.	Wirtschaftsingenieurwesen (Master)	2	70
51.	Wirtschaftspädagogik (Bachelor)	2	30
52.	Wirtschaftsrecht (Master)	2	130
53.	Wirtschaftswissenschaften (Bachelor)	2	120
54.	Zahnmedizin (Staatsprüfung)	1	56

III. Technische Universität Chemnitz

1.	Digitale Medien- und Kommunikationskulturen (Master)	2	15
2.	Finance ³ (Master)	2	30 (WS 2014/2015) 10 (SS 2015)
3.	Informatik und Kommunikationswissenschaften (Bachelor)	2	30
4.	Kundenbeziehungsmanagement (Master)	2	30
5.	Lehramt an Grundschulen (Staatsprüfung)	2	100
6.	Management and Organisation Studies ¹⁷ (Master)	2	60
7.	Medienkommunikation (Bachelor)	2	60
8.	Medien- und Instruktionspsychologie (Master)	2	15
9.	Pädagogik (Bachelor)	2	120
10.	Pädagogik mit Schwerpunkt Lernkulturen (Master)	2	120
11.	Präventions-, Rehabilitations- und Fitnesssport (Bachelor)	2	90
12.	Präventions-, Rehabilitations- und Fitnesssport (Master)	2	60

¹⁴ Psychologie: Kognitiv-Affektive Neurowissenschaften

¹⁵ Psychologie: Menschliche Leistungen in Sozio-Technischen Systemen

¹⁶ Tropische Forstwirtschaft

¹⁷ Management- und Organisationsstudien

Studiengänge		Vergabe*	Anzahl der Studienanfänger
13.	Psychologie (Bachelor)	2	90
14.	Psychologie (Master)	2	90
15.	Rechnungslegung und Unternehmenssteuerung (Master)	2	40
16.	Value Chain Management ¹⁸ (Master)	2	60
17.	Wirtschaftsingenieurwesen (Master)	2	60

IV. Technische Universität Bergakademie Freiberg

	Betriebswirtschaftslehre (Master)	2	110 (WS 2014/2015) 30 (SS 2015)
--	-----------------------------------	---	------------------------------------

V. Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden – Hochschule für angewandte Wissenschaften

1.	Agrarwirtschaft (Bachelor)	2	40
2.	Allgemeiner Maschinenbau (Diplom)	2	40
3.	Angewandte Informationstechnologien (Master)	2	20 (WS 2014/2015) 10 (SS 2015)
4.	Architektur (Bachelor)	2	40
5.	Architektur (Master)	2	20
6.	Bauingenieurwesen (Diplom)	2	120
7.	Betriebswirtschaft (Bachelor)	2	80
8.	Chemieingenieurwesen (Bachelor)	2	60
9.	Chemieingenieurwesen (Master)	2	20
10.	Elektrotechnik /Electrical Engineering (Master)	2	10 (WS 2014/2015) 10 (SS 2015)
11.	Fahrzeugtechnik (Diplom)	2	80
12.	Gartenbau (Bachelor)	2	40
13.	Geoinformation und Management (Master)	2	10 (WS 2014/2015) 20 (SS 2015)
14.	Informatik (Bachelor)	2	20
15.	Informatik (Diplom)	2	20
16.	International Business ¹⁹ (Bachelor)	2	45
17.	International Business ¹⁹ (Master)	2	35
18.	Management mittelständischer Unternehmen (Master)	2	20
19.	Medieninformatik (Bachelor)	2	20
20.	Medieninformatik (Diplom)	2	20
21.	Produktgestaltung (Bachelor)	2	20
22.	Produktgestaltung (Master)	2	10
23.	Produktionsmanagement in Agrarwirtschaft und Gartenbau (Master)	2	30
24.	Produktionstechnik (Diplom)	2	40
25.	Umweltmonitoring (Bachelor)	2	40
26.	Vermessungswesen (berufsbegleitend) (Diplom)	2	35
27.	Wirtschaftsinformatik (Bachelor)	2	30
28.	Wirtschaftsinformatik (Diplom)	2	30
29.	Wirtschaftsingenieurwesen (Bachelor)	2	80

VI. Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig – Hochschule für angewandte Wissenschaften

1.	Angewandte Mathematik (Bachelor)	2	35
2.	Angewandte Mathematik (Master)	2	23 (SS 2015)
3.	Architektur (Bachelor)	2	70
4.	Architektur (Master)	2	35
5.	Bauingenieurwesen (Bachelor)	2	161
6.	Bauingenieurwesen (Master)	2	90
7.	Betriebswirtschaft (Bachelor)	2	80
8.	Betriebswirtschaft (Master)	2	24

¹⁸ Wertschöpfungskettenmanagement

¹⁹ Internationale Betriebswirtschaft

	Studiengänge	Vergabe*	Anzahl der Studienanfänger
9.	Bibliotheks- und Informationswissenschaft (Bachelor)	2	40
10.	Bibliotheks- und Informationswissenschaft (Master)	2	20 (SS 2015)
11.	Buch- und Medienproduktion (Bachelor)	2	40
12.	Buchhandel/Verlagswirtschaft (Bachelor)	2	40
13.	Drucktechnik (Bachelor)	2	25
14.	Druck- und Verpackungstechnik (Master)	2	20 (SS 2015)
15.	Elektrotechnik und Informationstechnik (Bachelor)	2	98
16.	Elektrotechnik und Informationstechnik (Master)	2	50
17.	Energie-, Gebäude- und Umwelttechnik (Bachelor)	2	53
18.	Energie-, Gebäude- und Umwelttechnik (Master)	2	35
19.	General Management ²⁰ (Master)	2	24
20.	Informatik (Bachelor)	2	70
21.	Informatik (Master)	2	20
22.	International Management ²¹ (Bachelor)	2	36
23.	Maschinenbau (Bachelor)	2	53
24.	Maschinenbau (Master)	2	35
25.	Medieninformatik (Bachelor)	2	40
26.	Medieninformatik (Master)	2	20
27.	Medienmanagement (Master)	2	20 (SS 2015)
28.	Medientechnik (Bachelor)	2	42
29.	Museologie (Bachelor)	2	40
30.	Soziale Arbeit (Bachelor)	2	67
31.	Soziale Arbeit (Master)	2	20
32.	Verlags- und Handelsmanagement (Master)	2	20
33.	Verpackungstechnik (Bachelor)	2	23
34.	Wirtschaftsingenieurwesen (Bau) (Bachelor)	2	60
35.	Wirtschaftsingenieurwesen (Bau) (Master)	2	24
36.	Wirtschaftsingenieurwesen (Elektrotechnik) (Bachelor)	2	38
37.	Wirtschaftsingenieurwesen (Elektrotechnik) (Master)	2	15
38.	Wirtschaftsingenieurwesen Logistik/Energiewirtschaft (Master)	2	35
39.	Wirtschaftsingenieurwesen Produktions- und Energiewirtschaft (Bachelor)	2	52

VII. Hochschule Mittweida – Hochschule für angewandte Wissenschaften

1.	Betriebswirtschaft (Bachelor)	2	90
2.	Betriebswirtschaft (Master)	2	30
3.	Industrial Management ⁴ (Master)	2	15 (WS 2014/2015) 45 (SS 2015)
4.	Information and Communication Science ²² (Master)	2	25
5.	Media and Acoustical Engineering ²³ (Bachelor)	2	40
6.	Medienmanagement (Bachelor)	2	80
7.	Soziale Arbeit (Bachelor)	2	55 (SS 2015)
8.	Soziale Arbeit (berufsbegleitend) (Bachelor)	2	55 (SS 2015)
9.	Soziale Arbeit (Master)	2	32

VIII. Hochschule Zittau/Görlitz – Hochschule für angewandte Wissenschaften

1.	Heilpädagogik/Inclusion Studies (Bachelor)	2	30
2.	Internationales Management (Master)	2	20
3.	Kommunikationspsychologie (Bachelor)	2	30
4.	Kultur und Management (Bachelor)	2	30
5.	Kultur und Management (Master)	2	5 (WS 2014/2015) 10 (SS 2015)
6.	Management im Gesundheitswesen (Bachelor)	2	30

²⁰ Unternehmensführung

²¹ Internationales Management

²² Informations- und Kommunikationswissenschaften

²³ Medientechnik und technische Akustik

Studiengänge		Vergabe*	Anzahl der Studienanfänger
7.	Management im Gesundheitswesen (Master)	2	15
8.	Management Sozialen Wandels (Master)	2	10 (WS 2014/2015) 20 (SS 2015)
9.	Kindheitspädagogik (Bachelor)	2	30
10.	Soziale Arbeit (Bachelor)	2	75
11.	Soziale Gerontologie (Master)	2	10 (SS 2015)
12.	Tourismusmanagement (Bachelor)	2	30
13.	Tourismusmanagement (Master)	2	15

IX. Westsächsische Hochschule Zwickau – Hochschule für angewandte Wissenschaften

1.	Angewandte Gesundheitswissenschaften (berufsbegleitend) (Master)	2	10
2.	Betriebswirtschaft – Controlling und Logistik (Master)	2	45
3.	Gebärdensprachdolmetschen (Diplom)	2	20
4.	Gesundheitsmanagement (Bachelor)	2	40
5.	Gesundheitswissenschaften (Master)	2	30
6.	Kraftfahrzeugtechnik (Diplom)	2	150
7.	Languages and Business Administration ²⁴ Iberoromanischer Kulturraum (Bachelor)	2	30
8.	Management (Master)	2	30

²⁴ Wirtschaftsfachsprachen und Betriebswirtschaftslehre

Auffüllgrenzen für aufgehobene Studiengänge

Studiengänge	Auffüllgrenze
--------------	---------------

I. Technische Universität Dresden

1.	Sprach-, Literatur- und Kulturwissenschaften (Bachelor) mit den Teilstudiengängen	
	a) Germanistik: Sprachwissenschaft	50
	b) Germanistik: Literaturwissenschaft	50
2.	Wirtschaftsinformatik (Bachelor)	0
3.	Wirtschaftsingenieurwesen (Bachelor)	0

II. Technische Universität Chemnitz

1.	Medienkommunikation (Master)	30
----	------------------------------	----

Auffüllgrenzen für die Studiengänge Medizin und Zahnmedizin

Semester	Auffüllgrenze
----------	---------------

I. Universität Leipzig

1. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Studiengangs Medizin werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 296
3. Fachsemester	WS: 292	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 289
1. klinisches Semester	WS: 300	SS: 0
2. klinisches Semester	WS: 0	SS: 298
3. klinisches Semester	WS: 296	SS: 0
4. klinisches Semester	WS: 0	SS: 294
5. klinisches Semester	WS: 292	SS: 0
6. klinisches Semester	WS: 0	SS: 290

2. Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Studiengangs Zahnmedizin werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 49
3. Fachsemester	WS: 49	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 48
5. Fachsemester	WS: 48	SS: 0
6. Fachsemester	WS: 0	SS: 47
7. Fachsemester	WS: 46	SS: 0
8. Fachsemester	WS: 0	SS: 45
9. Fachsemester	WS: 44	SS: 0
10. Fachsemester	WS: 0	SS: 43

II. Technische Universität Dresden

Die Auffüllgrenzen für die höheren Fachsemester des Studiengangs Medizin werden wie folgt festgesetzt:

2. Fachsemester	WS: 0	SS: 226
3. Fachsemester	WS: 226	SS: 0
4. Fachsemester	WS: 0	SS: 226
1. klinisches Semester	WS: 261	SS: 0
2. klinisches Semester	WS: 0	SS: 261
3. klinisches Semester	WS: 261	SS: 0
4. klinisches Semester	WS: 0	SS: 261
5. klinisches Semester	WS: 261	SS: 0
6. klinisches Semester	WS: 0	SS: 261

Gemeinsame Verordnung

des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz

zur Änderung wasserrechtlicher Verordnungen

Vom 12. Juni 2014

Es wird verordnet

1. durch das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft aufgrund von
 - a) § 46 Abs. 5 und § 110 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. April 2014 (SächsGVBl. S. 234) geändert worden ist, und § 15 Satz 1 SächsWG in Verbindung mit § 23 Abs. 1 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 4 Abs. 76 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3200) geändert worden ist,
 - b) § 120 Satz 1 SächsWG im Benehmen mit dem Staatsministerium des Innern,
 - c) § 16 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 des Gesetzes über die Verwaltungsorganisation des Freistaates Sachsen (Sächsisches Verwaltungsorganisationsgesetz – SächsVwOrgG) vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. Februar 2014 (SächsGVBl. S. 47) geändert worden ist, mit Zustimmung der Staatsregierung,
 - d) § 2 Abs. 4 des Gesetzes zur Errichtung der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (FördbankG) vom 19. Juni 2003 (SächsGVBl. S. 161), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130, 132) geändert worden ist,
2. durch das Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz aufgrund von § 47 Abs. 4 SächsWG:

Artikel 1

Gemeinsame Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft (Sächsische Wasserzuständigkeitsverordnung – SächsWasserZuVO)

§ 1

Zuständigkeit der obersten Wasserbehörde

Die oberste Wasserbehörde ist zuständig für

1. die Einstufung nach § 28 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 4 Abs. 76 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3200) geändert worden ist, die Verlängerung von Fristen nach § 29 Abs. 2 Satz 1 und § 47 Abs. 2 Satz 2 WHG und die Festlegung abweichender Bewirtschaftungsziele nach § 30 Satz 1 und § 47 Abs. 3 Satz 2 WHG,
2. die Zuordnung einzelner Einzugsgebiete und Teileinzugsgebiete zu einer anderen Bewirtschaftungseinheit nach § 73 Abs. 3 Satz 2 WHG,
3. den Informationsaustausch nach § 73 Abs. 4 Satz 1 und § 74 Abs. 5 Satz 1 WHG sowie die Koordinierung nach

- § 73 Abs. 4 Satz 2 in Verbindung mit § 7 Abs. 2 und 3, § 74 Abs. 5 Satz 2 in Verbindung mit § 7 Abs. 3 Nr. 2 und § 75 Abs. 5 Satz 2 in Verbindung mit § 7 Abs. 3 WHG,
4. die Festlegung von Teileinzugsgebieten, bestimmten Sektoren und Aspekten der Gewässerbewirtschaftung sowie Gewässertypen, für die nach § 83 Abs. 3 Satz 1 WHG Teilbewirtschaftungspläne ergänzend zu den Bewirtschaftungsplänen aufzustellen sind,
5. die abschließende Überprüfung und Aktualisierung der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme nach § 84 Abs. 1 WHG, die Erstellung und Abstimmung von Beiträgen nach § 87 Abs. 1 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 2. April 2014 (SächsGVBl. S. 234) geändert worden ist, sowie die Veröffentlichung nach § 83 Abs. 4 Satz 1 WHG.

§ 2

Zuständigkeit der oberen Wasserbehörde

Die obere Wasserbehörde ist zuständig für

1. die Erteilung von Bewilligungen nach § 8 Abs. 1 WHG und damit in Zusammenhang stehende Entscheidungen und Aufgaben, insbesondere die Zulassung des vorzeitigen Baubeginns und deren Widerruf nach § 17 WHG, der Widerruf der Bewilligung nach § 18 Abs. 2 WHG, die Entgegennahme der Anzeige nach § 8 Abs. 2 SächsWG und des Verzichts nach § 11 Satz 1 SächsWG sowie die Anordnung von Maßnahmen und Beschränkungen nach § 12 Abs. 1 und 2 sowie § 13 Satz 1 SächsWG,
2. die Erteilung von wasserrechtlichen Erlaubnissen nach § 8 Abs. 1 WHG für das Einbringen und Einleiten radioaktiver Stoffe im Sinne des § 2 des Gesetzes über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3313, 3324) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, in Gewässer und damit in Zusammenhang stehende Entscheidungen und Aufgaben, insbesondere die Zulassung des vorzeitigen Baubeginns und deren Widerruf nach § 17 WHG, der Widerruf der Erlaubnis nach § 18 Abs. 1 WHG, die Entgegennahme der Anzeige nach § 8 Abs. 2 SächsWG und des Verzichts nach § 11 Satz 1 SächsWG sowie die Anordnung von Maßnahmen und Beschränkungen nach § 12 Abs. 1 und 2 sowie § 13 Satz 1 SächsWG,
3. die Erteilung des Einvernehmens nach § 19 Abs. 3 WHG und die Antragstellung nach § 19 Abs. 4 WHG bei bergrechtlichen Betriebsplänen des Braunkohlebergbaus, soweit Benutzungstatbestände Gegenstand sind, für die in Planfeststellungsverfahren nach Nummer 7 die obere Wasserbehörde zuständig wäre,
4. Anordnungen nach § 34 Abs. 2 WHG, soweit die obere Wasserbehörde für die Zulassung der Anlage zuständig ist,
5. Entscheidungen nach § 42 WHG und § 31 Abs. 1 Nr. 6 Halbsatz 2 SächsWG, Anordnungen nach § 40 Abs. 3 Satz 1 WHG oder § 31 Abs. 3 SächsWG, wenn es sich um ein

- Gewässer in der Unterhaltungslast des Freistaates Sachsen handelt, die Unterhaltungslast nach § 33 Abs. 3 SächsWG auf den Freistaat Sachsen übertragen oder eine Entscheidung nach § 36 SächsWG zulasten des Freistaates Sachsen getroffen werden soll,
6. Genehmigungen nach § 60 Abs. 3 Satz 1 WHG einschließlich deren Änderungen,
 7. a) die Planfeststellung eines Gewässerausbaus oder von Deich- und Dammbauten, die den Hochwasserabfluss beeinflussen, nach § 68 Abs. 1 WHG,
b) die Entscheidung nach § 68 Abs. 2 Satz 1 WHG, die Planfeststellung durch die Plangenehmigung zu ersetzen,
c) die abschnittsweise Zulassung nach § 69 Abs. 1 WHG und die Zulassung des vorzeitigen Beginns nach § 69 Abs. 2 in Verbindung mit § 17 WHG,
d) die Planfeststellung eines Flutungspolders einschließlich der Ausgleichsregelungen nach § 63 Abs. 2 SächsWG und
e) die Entscheidung über die Ausbaupflicht nach § 62 Abs. 2 SächsWG, wenn es sich um ein Gewässer in der Unterhaltungslast des Freistaates Sachsen handelt; die obere Wasserbehörde ist Planfeststellungs- und Anhörungsbehörde,
 8. die Plangenehmigung eines Gewässerausbaus nach § 68 Abs. 2 WHG im Zusammenhang mit der Errichtung, wesentlichen Umgestaltung oder Beseitigung von Anlagen nach § 67 Abs. 1 und 3 SächsWG,
 9. die Plangenehmigung nach § 68 Abs. 2 Satz 1 WHG
a) eines Gewässerausbaus, der der Beeinflussung des Hochwasserabflusses dient, an Gewässern in der Unterhaltungslast des Freistaates Sachsen oder
b) von Deich- und Dammbauten, die den Hochwasserabfluss beeinflussen, an der Bundeswasserstraße Elbe oder Gewässern in der Unterhaltungslast des Freistaates Sachsen, wenn die Maßnahmen zur Schadensbeseitigung oder nachhaltigen Sicherung der Schadensbeseitigung nach extremen, großräumigen Hochwasserereignissen notwendig sind und die Angelegenheit daher zur einheitlichen Bearbeitung durch Erlass der obersten Wasserbehörde übertragen wird,
 10. die Aufstellung von Teilbewirtschaftungsplänen nach § 83 Abs. 3 Satz 1 WHG,
 11. die Zulassung von Ausnahmen von der Veränderungssperre nach § 86 Abs. 4 WHG,
 12. die Duldungsanordnungen nach § 91 Satz 1 WHG und § 97 SächsWG und die vorzeitige Besitzeinweisung nach § 99 Abs. 1 SächsWG, soweit die Datenermittlung der Erfüllung der Aufgaben nach § 89 SächsWG oder der Durchführung der Überwachungsprogramme nach § 9 der Verordnung zum Schutz der Oberflächengewässer (Oberflächengewässerverordnung – OGewV) vom 20. Juli 2011 (BGBl. I S. 1429), in der jeweils geltenden Fassung, und § 9 der Verordnung zum Schutz des Grundwassers (Grundwasserverordnung – GrwV) vom 9. November 2010 (BGBl. I S. 1513), in der jeweils geltenden Fassung, dienen,
 13. Anordnungen nach § 92 Satz 1, § 93 Satz 1 und § 94 Abs. 1 und 2 Satz 1 WHG und nach den §§ 95 bis 97, § 98 Abs. 1 Satz 1 und 3 und § 99 Abs. 1 SächsWG, soweit die obere Wasserbehörde für die Zulassung der betreffenden Anlagen oder Handlungen zuständig ist,
 14. die Aufgaben nach § 100 WHG in Verbindung mit § 106 SächsWG hinsichtlich der Errichtung, des Betriebs und der Unterhaltung von Anlagen nach § 67 Abs. 1 und 3 SächsWG und der damit verbundenen Gewässerbenutzung sowie die Anordnung der Überprüfung von Anlagen oder Anlagenteilen nach § 68 Abs. 5 SächsWG,
 15. die Aufgaben nach § 100 Abs. 1 Satz 1 WHG sowie die Anordnung von Maßnahmen zur Gefahrenabwehr nach § 100 Abs. 1 Satz 2 WHG und § 106 Abs. 1 Satz 1 SächsWG,
a) soweit die obere Wasserbehörde für die Zulassung der Anlagen oder von Handlungen zuständig ist, von denen oder von deren Fehlen die Gefahr ausgeht,
b) bezüglich aller Abwassereinleitungen für die Probenentnahme, die Probenanalyse und die Erfassung von Messwerten für die staatliche Überwachung der Abwassereinleitungen nach § 6 der Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserverordnung – AbwV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juni 2004 (BGBl. I S. 1108, 2625), die zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 1017) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, oder nach einer Rechtsverordnung nach § 23 Abs. 1 Nr. 8 WHG und nach § 4 Abs. 4 Satz 1 des Gesetzes über Abgaben für das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Abwasserabgabengesetz – AbwAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2005 (BGBl. I S. 114), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. August 2010 (BGBl. I S. 1163) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
 16. die Aufgaben nach der Verordnung zur Regelung des Verfahrens bei Zulassung und Überwachung industrieller Abwasserbehandlungsanlagen und Gewässerbenutzungen (Industriekläranlagen-Zulassungs- und Überwachungsverordnung – IZÜV) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 1011, 3756), in der jeweils geltenden Fassung, und die Genehmigung nach den §§ 58 und 59 WHG und die Entgegennahme der Anzeige nach § 53 Satz 1 SächsWG von Indirekteinleitungen, die aus Anlagen nach § 3 der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 3756), in der jeweils geltenden Fassung, stammen, soweit für die Genehmigung dieser Anlagen die Landesdirektion Sachsen nach der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Zuständigkeiten zur Ausführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, des Benzinbleigesetzes und der aufgrund dieser Gesetze ergangenen Verordnungen (Sächsische Immissionsschutz-Zuständigkeitsverordnung – SächslmSchZuVO) vom 26. Juni 2008 (SächsGVBl. S. 444), geändert durch Artikel 21 der Verordnung vom 11. Dezember 2012 (SächsGVBl. S. 753, 760), in der jeweils geltenden Fassung, und nach dem Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), geändert durch Gesetz vom 2. Juli 2013 (BGBl. I S. 1943), in der jeweils geltenden Fassung, zuständig ist,
 17. die Entscheidung nach § 3 Abs. 8 SächsWG, wenn es sich um die Bundeswasserstraße Elbe oder ein Gewässer in der Unterhaltungslast des Freistaates Sachsen handelt,
 18. die Anordnung von Maßnahmen und die Bestimmung von Fristen zur Anpassung vorhandener Gewässerbenutzungen und Anlagen nach § 7 Satz 2 SächsWG, soweit die obere Wasserbehörde für die Zulassung der Benutzung oder der Anlagen zuständig ist,
 19. die Aufgaben im Zusammenhang mit der Erklärung oder Beschränkung der Schiffbarkeit nach § 17 Abs. 2 Satz 2 bis 4 SächsWG,

20. die Entscheidung über die von der Duldungspflicht bezüglich des Landens und Befestigens von Schiffen und Flößen auszunehmenden Strecken an schiffbaren Gewässern nach § 18 Abs. 1 Satz 1 SächsWG,
 21. die Genehmigung der Außerbetriebsetzung einer Stauanlage nach § 20 Satz 1 SächsWG und die Anordnung von Maßnahmen nach § 20 Satz 2 in Verbindung mit § 12 Abs. 1 SächsWG sowie die Aufgaben im Zusammenhang mit dem Ablassen einer Stauanlage nach § 22 Satz 1 und 2 SächsWG, soweit es sich um eine Anlage nach § 68 Abs. 1 Satz 2 oder § 80 Abs. 2 Nr. 2 und 3 SächsWG handelt,
 22. Anordnungen nach § 21 Abs. 2 und 3 und § 107 Abs. 4 SächsWG, soweit die obere Wasserbehörde für die Zulassung der Anlagen oder Handlungen zuständig ist, zu deren Überwachung die Anordnung dient,
 23. Entscheidungen über Anlagen nach § 26 SächsWG, sofern diese einer Gewässerbenutzung dienen oder Teil einer Anlage nach § 67 Abs. 1 und 3 SächsWG sind, für deren Zulassung die obere Wasserbehörde zuständig ist, ausgenommen der nach § 26 Abs. 11 Satz 1 SächsWG übertragenen Vorhaben,
 24. die Entscheidung über die Übertragung der Unterhaltungslast nach § 33 Abs. 3 SächsWG, die Zuweisung oder Aufteilung der Unterhaltung sowie die Bestimmung von Kostenbeiträgen nach § 34 SächsWG und die Entscheidung in Streitfällen nach § 36 SächsWG, jeweils in Verbindung mit § 28 Abs. 1 SächsWG, wenn es sich um eine Ufermauer an einem Gewässer in der Unterhaltungslast des Freistaates Sachsen handelt,
 25. die Entscheidung über die Übertragung der Unterhaltungslast nach § 33 Abs. 3 SächsWG, die Zuweisung oder Aufteilung der Unterhaltung sowie die Bestimmung von Kostenbeiträgen nach § 34 SächsWG und die Entscheidung in Streitfällen nach § 36 SächsWG, wenn es sich um ein Gewässer in der Unterhaltungslast des Freistaates Sachsen handelt,
 26. die Erteilung des Einvernehmens über die Anerkennung von Heilquellen nach § 47 Abs. 2 Satz 2 SächsWG und für das Einvernehmen über den Widerruf der Anerkennung,
 27. Genehmigungen nach § 55 Abs. 2 SächsWG, die Aufgaben nach § 55 Abs. 6, § 57 Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 und 4 sowie § 58 Abs. 1 SächsWG in Verbindung mit § 55 Abs. 2 der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), die zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 2. April 2014 (SächsGVBl. S. 238, 258, S. 322) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
 - a) wenn der Ent- oder Versorgungsbereich der Anlage über den örtlichen Zuständigkeitsbereich einer unteren Wasserbehörde hinausreicht oder
 - b) wenn die Anlage einer Gewässerbenutzung dient, für deren Zulassung die obere Wasserbehörde zuständig ist,
 28. die Entgegennahme von Anzeigen, Nachweisen und Mitteilungen nach § 57 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 4 sowie Entscheidungen nach § 57 Abs. 2 und 3 SächsWG für Anlagen nach § 68 Abs. 1 Satz 1 oder Anlagen nach § 79 Abs. 5 in Verbindung mit § 79 Abs. 1 SächsWG, soweit Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung der Anlage dem Freistaat Sachsen obliegen,
 29. die Genehmigung von Vorhaben nach § 76 Abs. 3 Satz 1 SächsWG in Hochwasserentstehungsgebieten,
 30. die Bestimmung nach § 78 Abs. 3 SächsWG, dass die Vorschriften für öffentliche Hochwasserschutzanlagen für eine sonstige Anlage gelten,
 31. Entscheidungen nach § 80 Abs. 4 SächsWG, wenn es sich um die Bundeswasserstraße Elbe oder ein Gewässer in der Unterhaltungslast des Freistaates Sachsen handelt,
 32. Entscheidungen nach § 81 Abs. 4 SächsWG, wenn es sich um die Bundeswasserstraße Elbe oder ein Gewässer in der Unterhaltungslast des Freistaates Sachsen handelt,
 33. die Fachaufsicht nach § 84 Abs. 3 SächsWG und Anordnungen nach § 85 Abs. 2 Satz 1 SächsWG, wenn jeweils gleichartige Maßnahmen und Anordnungen über den örtlichen Aufgabenbereich einer unteren Wasserbehörde hinaus zweckmäßig sind,
 34. die Mitwirkung im Rahmen der Beteiligung bei der Erarbeitung der Beiträge für die Entwürfe der Bewirtschaftungspläne und der Maßnahmenprogramme nach § 87 Abs. 1 SächsWG, soweit ihre Aufgaben betroffen sind,
 35. den Vollzug der Regelung über die Abgabe für Wasserentnahme nach § 91 SächsWG und der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Wasserentnahmeabgabe nach § 91 des Sächsischen Wassergesetzes (WEAVO) vom 10. Juli 1994 (SächsGVBl. S. 1444), zuletzt geändert durch Artikel 12 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503, 557),
 36. die Aufgaben nach § 106 Abs. 2 bis 4 SächsWG, soweit die obere Wasserbehörde für die Zulassung der Anlage zuständig ist,
 37. Angelegenheiten, die in die sachliche Zuständigkeit einer unteren und der oberen Wasserbehörde fallen, soweit die Angelegenheit nicht im Einzelfall der unteren Wasserbehörde übertragen wird.
- In Angelegenheiten, die in die örtliche Zuständigkeit mehrerer unterer Wasserbehörden fallen, erklärt die obere Wasserbehörde eine dieser Behörden für zuständig. Die Entscheidungen der für zuständig erklärten unteren Wasserbehörde erfolgen im Benehmen mit den anderen Wasserbehörden. Abweichend von Satz 2 kann die obere Wasserbehörde im Einzelfall die Angelegenheit selbst übernehmen.

§ 3

Zuständigkeit des Landesamtes für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie

Das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie ist zuständig für

1. die Aufgaben nach § 45k WHG und damit im Zusammenhang stehende Aufgaben,
2. die Erarbeitung und Bereitstellung der fachlichen Grundlagen für
 - a) die Bewertung des Hochwasserrisikos und die Bestimmung der Gebiete mit signifikantem Hochwasserrisiko nach § 73 WHG,
 - b) die Erstellung von Gefahrenkarten und Risikokarten nach § 74 WHG,
 - c) die Aufstellung von Risikomanagementplänen nach § 75 WHG und
 - d) die Überprüfung und Aktualisierung dieser Dokumente nach § 73 Abs. 6, § 74 Abs. 6 und § 75 Abs. 6 WHG sowie die fachliche Koordinierung dieser Dokumente innerhalb der jeweiligen Bewirtschaftungseinheit und mit den Maßnahmenprogrammen nach § 82 WHG sowie den Bewirtschaftungsplänen nach § 83 WHG,
3. die Auswertung der Stellungnahmen nach § 83 Abs. 4 Satz 2 WHG,
4. die fachliche Überprüfung der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme nach § 84 Abs. 1 WHG und § 87 Abs. 1 SächsWG, soweit diese sich auf das Gebiet des Freistaates Sachsen beziehen, sowie die Erarbeitung der

- Beiträge für die Entwürfe der Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme und die Abstimmung der Beiträge mit den zuständigen Behörden der benachbarten in der Flussgebietseinheit liegenden Länder bei der Aktualisierung nach § 84 Abs. 1 WHG und § 87 Abs. 1 SächsWG,
5. die Anordnung von Sofortmaßnahmen zur Gefahrenabwehr nach § 100 Abs. 1 Satz 2 WHG und § 106 Abs. 1 Satz 1 SächsWG, wenn bei Wahrnehmung seiner Aufgaben Gefährdungen oder Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung festgestellt werden und ein rechtzeitiges Tätigwerden der zuständigen Behörden nicht erreichbar ist,
 6. die Überwachungsmaßnahmen nach § 13 Abs. 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeit von Wasch- und Reinigungsmitteln (Wasch- und Reinigungsmittelgesetz – WRMG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juli 2013 (BGBl. I S. 2538), das zuletzt durch Artikel 4 Abs. 74 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3200) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung; es kann im Einzelfall Dritte mit der Durchführung von Überwachungsmaßnahmen beauftragen,
 7. die Aufgaben nach der Oberflächengewässerverordnung unter Mitwirkung der jeweils zuständigen Wasserbehörde und sonstigen Behörden, soweit deren Zuständigkeiten berührt sind, wenn nicht nach § 4 Nr. 4 der Staatsbetrieb Landestalsperrenverwaltung zuständig ist,
 8. die Aufgaben nach der Grundwasserverordnung unter Mitwirkung der jeweils zuständigen Wasserbehörde und sonstigen Behörden, soweit deren Zuständigkeiten berührt sind, mit Ausnahme der Aufgaben nach § 11 Abs. 1 Satz 2 und § 13 Abs. 1 Satz 2 und 4 GrwV,
 9. die Prüfung und Bestätigung von hydrogeologischen Gutachten für die Festsetzung von Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebieten nach § 46 Abs. 2 Satz 2 auch in Verbindung mit § 47 Abs. 3 Satz 2 SächsWG,
 10. die Gültigerklärung nach § 55 Abs. 4 SächsWG,
 11. die landesweite Identifizierung potenzieller Hochwasserentstehungsgebiete und ihre Visualisierung in Karten als Grundlage für deren Festsetzung durch Rechtsverordnung nach § 76 Abs. 1 Satz 2 SächsWG,
 12. die Bereitstellung der in den Wasserbüchern enthaltenen Informationen nach § 88 Abs. 5 SächsWG,
 13. die Ermittlung, Sammlung und Aufbereitung von gewässerkundlichen und wasserwirtschaftlichen Daten nach § 89 SächsWG,
 14. die Bestellung von und die Aufsicht über ehrenamtliche Messnetzbeobachter nach § 94 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 SächsWG,
 15. die Aufsicht über Sachverständige und sachverständige Stellen, auf die Aufgaben nach § 111 Abs. 2 Nr. 1 SächsWG übertragen wurden,
 16. die Anerkennung von Prüflaboren nach § 112 Abs. 2 Satz 2 SächsWG und die Feststellung der Gleichwertigkeit nach § 112 Abs. 3 Satz 2 SächsWG,
 17. die Anerkennung nach § 20 Abs. 2 und 4 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (Sächsische Anlagenverordnung – SächsVAwS) vom 18. April 2000 (SächsGVBl. S. 223), die zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503, 557) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und die Entgegennahme des Jahresberichts nach § 20 Abs. 6 SächsVAwS,
 18. die Entgegennahme der Auskünfte und Unterlagen nach § 8 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung zur Umsetzung der Richtlinie 91/271/EWG über die Behandlung von kommu-

- nalem Abwasser (Sächsische Kommunalabwasserverordnung – SächsKomAbwVO) vom 3. Mai 1996 (SächsGVBl. S. 180), die zuletzt durch Artikel 19 der Verordnung vom 11. Dezember 2012 (SächsGVBl. S. 753, 760) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,
19. die fachliche Unterstützung der obersten Wasserbehörde bei den Aufgaben nach § 1.

§ 4

Zuständigkeit des Staatsbetriebes Landestalsperrenverwaltung

Der Staatsbetrieb Landestalsperrenverwaltung ist zuständig für

1. die Erfüllung folgender Aufgaben, soweit dem Freistaat Sachsen nach § 32 Abs. 1 Nr. 1 und 3 SächsWG die Unterhaltungslast obliegt oder er diese nach § 32 Abs. 4 Satz 1 SächsWG übernommen hat:
 - a) die Erfüllung der Unterhaltungslast nach § 39 Abs. 1 und 2 WHG und der Aufgaben nach § 31 Abs. 1 und 2 SächsWG,
 - b) der Abschluss von Verträgen über die Übertragung der Unterhaltungslast einschließlich der Zustimmung nach § 40 Abs. 2 WHG,
 - c) die Festsetzung der Aufwendungen durch Leistungsbescheid nach § 42 Abs. 2 WHG und § 35 SächsWG,
 - d) die Geltendmachung des Beitrages zum Unterhaltungsaufwand des Freistaates Sachsen nach § 37 Abs. 2 SächsWG,
 - e) die Erfüllung der Ausbaulast an Gewässern nach § 62 Abs. 1 SächsWG,
2. die Fortschreibung und Anpassung der Hochwasserschutzkonzepte nach § 71 Abs. 1 und 2 SächsWG, die Bewertung des Hochwasserrisikos und die Bestimmung der Gebiete mit signifikantem Hochwasserrisiko nach § 73 Abs. 1 Satz 1 WHG, die Erstellung von Gefahrenkarten und Risikokarten nach § 74 Abs. 1 WHG, die Aufstellung von Risikomanagementplänen nach § 75 Abs. 1 Satz 1 WHG sowie die Überprüfung und Aktualisierung nach § 73 Abs. 6 Satz 1, § 74 Abs. 6 Satz 3 und § 75 Abs. 6 Satz 3 WHG für den im Freistaat Sachsen liegenden Teil der Bundeswasserstraße Elbe und Gewässer in der Unterhaltungslast des Freistaates Sachsen,
3. die Anordnung von Sofortmaßnahmen zur Gefahrenabwehr nach § 100 Abs. 1 Satz 2 WHG und § 106 Abs. 1 Satz 1 SächsWG, wenn bei Wahrnehmung seiner Aufgaben Gefährdungen oder Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung festgestellt werden und ein rechtzeitiges Tätigwerden der zuständigen Behörden nicht erreichbar ist,
4. die Aufstellung und Durchführung der Überwachungsprogramme nach § 9 OGewV sowie die Einstufung nach den §§ 5 und 6 OGewV für Oberflächenwasserkörper, die Standgewässer im Zuständigkeitsbereich des Staatsbetriebes Landestalsperrenverwaltung sind, im Einvernehmen mit dem Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie,
5. die Umlegung der Aufwendungen für Planung, Bau, Betrieb und Unterhaltung nach § 69 Abs. 3 SächsWG, soweit es sich um Anlagen nach § 68 Abs. 1 Satz 2 SächsWG handelt,
6. die Mitwirkung im Rahmen der Beteiligung bei der Erarbeitung der Beiträge für die Entwürfe der Bewirtschaftungspläne und der Maßnahmenprogramme nach § 87 Abs. 1 SächsWG, soweit seine Aufgaben betroffen sind.

§ 5
Zuständigkeit der Behörden
des öffentlichen Gesundheitsdienstes

Die obere Behörde des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist zuständig für die Erteilung des Einvernehmens bei der Festsetzung eines Heilquellenschutzgebietes nach § 47 Abs. 3 Satz 1 SächsWG.

§ 6
Zuständigkeit aufgrund engen Sachzusammenhanges

Die nach den §§ 1 bis 5 oder nach dem Wasserhaushaltsgesetz, dem Sächsischen Wassergesetz oder aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsverordnungen zuständigen Behörden sind, soweit nichts anderes bestimmt ist, auch zuständige Wasserbehörde, Verwaltungsbehörde, Behörde oder Stelle für solche Aufgaben, die im engen sachlichen Zusammenhang mit den vorgenannten Aufgaben stehen.

Artikel 2
Änderung
der Sächsischen Kommunalabwasserverordnung

Die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung zur Umsetzung der Richtlinie 91/271/EWG über die Behandlung von kommunalem Abwasser (Sächsische Kommunalabwasserverordnung – SächsKomAbwVO) vom 3. Mai 1996 (SächsGVBl. S. 180), zuletzt geändert durch Artikel 19 der Verordnung vom 11. Dezember 2012 (SächsGVBl. S. 753, 760), wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 63 SächsWG“ durch die Angabe „§ 50 Abs. 1 SächsWG“ ersetzt.
2. § 4 Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Nummer 1 wird gestrichen.
 - b) Die Nummern 2 und 3 werden die Nummern 1 und 2.
3. § 6 Abs. 1 Nr. 2 wird wie folgt gefasst:

„2. nach § 58 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 4 Abs. 76 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3200) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, genehmigt wurde, soweit nicht nach § 53 SächsWG eine Genehmigung als erteilt gilt.“
4. In § 7 wird die Angabe „Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 1996 (BGBl. I S. 1695), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25. August 1998 (BGBl. I S. 2455, 2457), in der jeweils geltenden Fassung“ durch das Wort „Wasserhaushaltsgesetzes“ ersetzt.

Artikel 3
Änderung der Verordnung über bautechnische Prüfungen
von wasserwirtschaftlichen Anlagen

Die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung über bautechnische Prüfungen von wasserwirtschaftlichen Anlagen (BauTechPrüfVO) vom 17. Januar 1995 (SächsGVBl. S. 91) wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Die Angabe zu Anlage 1 wird gestrichen.
 - b) In der Angabe zu Anlage 2 wird die Angabe „2“ gestrichen.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird die Angabe „in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 1986 (BGBl. I S. 1529, ber. S. 1654), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 26. August 1992 (BGBl. I S. 1564)“ durch die Angabe „vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 76 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3200), in der jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 wird das Wort „Wasserbehörde“ durch die Wörter „zuständige Wasserbehörde“ ersetzt.
 - c) In Absatz 3 wird die Angabe „§ 94 SächsWG“ durch die Angabe „§ 106 SächsWG“ ersetzt.
 - d) In Absatz 4 Satz 1 wird nach den Wörtern „Sächsische Bauordnung“ die Angabe „(SächsBO) vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 2. April 2014 (SächsGVBl. S. 238, 258), in der jeweils geltenden Fassung,“ eingefügt.
3. In § 2 Abs. 3 Nr. 6 und Abs. 4 wird jeweils die Angabe „§ 84 Abs. 1 SächsWG“ durch die Angabe „§ 67 Abs. 1 SächsWG“ ersetzt.
4. § 3 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Anlagen sind so anzuordnen, zu errichten, zu ändern und instand zu halten, dass die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere Leben, Gesundheit und die natürlichen Lebensgrundlagen, nicht gefährdet werden.“
5. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 1 werden die Wörter „und ihre Einfriedung“ gestrichen und die Angabe „(§§ 4, 5 und 10 SächsBO)“ durch die Angabe „(§§ 4 und 5 SächsBO)“ ersetzt.
 - bb) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 12“ durch die Angabe „§ 9“ ersetzt.
 - cc) In Nummer 3 wird die Angabe „§§ 14 bis 19“ durch die Angabe „§§ 11 bis 16“ ersetzt.
 - dd) In Nummer 4 wird die Angabe „(§§ 20 bis 25 SächsBO)“ durch die Angabe „(§§ 17 bis 25 SächsBO)“ ersetzt.
 - ee) Die Nummern 5 und 6 werden wie folgt gefasst:
 5. an die Rettungswege, Öffnungen, Umwehungen und Aufzüge (§§ 33 bis 39) und
 6. an Stellplätze, Garagen und Sonderbauten (§§ 49 und 51 SächsBO) einhalten.“
 - b) In Absatz 3 werden die Wörter „auf Vorschlag der technischen Fachbehörde“ gestrichen und die Wörter „Ausnahmen und Befreiungen“ durch das Wort „Abweichungen“ ersetzt.
6. In § 5 Satz 3 werden die Wörter „Die Wasserbehörde“ durch die Wörter „Die zuständige Wasserbehörde“ ersetzt und die Wörter „im Einvernehmen mit dem zuständigen Staatlichen Umweltausschuss“ durch das Wort „im Einvernehmen mit dem zuständigen Staatlichen Umweltausschuss“ gestrichen.

7. § 6 wird wie folgt geändert:
- a) Absatz 1 Satz 2 wird gestrichen.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Angabe „§ 84 Abs. 1 SächsWG“ wird durch die Angabe „§ 67 Abs. 1 SächsWG“ ersetzt.
 - bb) Die Wörter „das zuständige Staatliche Umweltfachamt“ werden durch die Wörter „die zuständige Wasserbehörde“ ersetzt.
 - cc) Die Wörter „das Landesamt für Umwelt und Geologie“ werden durch die Wörter „das Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie“ ersetzt.
 - c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 werden die Wörter „technischen Fachbehörden“ durch die Wörter „zuständigen Wasserbehörden“ ersetzt.
 - bb) In Satz 3 werden die Wörter „die Sächsische Landesstelle für Bautechnik oder“ gestrichen und die Wörter „Prüfingenieure für Baustatik“ durch die Wörter „Prüfingenieure für Standsicherheit“ ersetzt.
 - d) Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Sätze 1 bis 3 werden gestrichen.
 - bb) Im neuen Satz 1 werden die Wörter „statischen Nachweise“ durch das Wort „Standsicherheitsnachweise“ ersetzt.
 - e) Absatz 5 wird wie folgt geändert:
 - aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst:
 „Für die Prüfung der Standsicherheitsnachweise durch Prüfingenieure für Standsicherheit gelten die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Durchführung der Sächsischen Bauordnung (Durchführungsverordnung zur SächsBO – DVOSächsBO) vom 2. September 2004 (SächsGVBl. S. 427), zuletzt geändert durch Artikel 18 der Verordnung vom 1. März 2012 (SächsGVBl. S. 173, 178), in der jeweils geltenden Fassung, und die Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die bautechnische Prüfung von Bauvorhaben (VwVBauPrüf) vom 30. August 2005 (SächsABl. S. 890), geändert durch Ziffer XXIII der Verwaltungsvorschrift vom 1. März 2012 (SächsABl. S. 336, 353), zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 6. Dezember 2013 (SächsABl. SDR. S. S 808), in der jeweils geltenden Fassung.“
 - bb) In Satz 2 wird die Angabe „Anlage 2“ durch die Wörter „der Anlage“ ersetzt.
 - f) Die Absätze 6 und 7 werden aufgehoben.
8. § 7 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 werden das Wort „Wasserbehörde“ durch die Wörter „zuständigen Wasserbehörde“ und die Wörter „statischer Nachweise“ durch die Wörter „der Standsicherheitsnachweise“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 werden die Wörter „dem zuständigen Staatlichen Umweltfachamt“ durch die Wörter „der zuständigen Wasserbehörde“ ersetzt.
9. Anlage 1 wird aufgehoben.
10. In der Anlage 2 wird die Anlagenbezeichnung „2“ gestrichen.

Artikel 4

Änderung der Verordnung über Schutzbestimmungen und Ausgleichsleistungen für erhöhte Aufwendungen der Land- und Forstwirtschaft in Wasserschutzgebieten

Die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über Schutzbestimmungen und Ausgleichsleistungen für erhöhte Aufwendungen der Land- und Forstwirtschaft in Wasserschutzgebieten (SächsSchAVO) vom 2. Januar 2002 (SächsGVBl. S. 21, 97), zuletzt geändert durch Verordnung vom 26. Juni 2008 (SächsGVBl. S. 448), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Abs. 2 Nr. 2 wird die Angabe „§ 19 Abs. 4 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. November 1996 (BGBl. I S. 1695), das zuletzt durch Artikel 7 des Gesetzes vom 27. Juli 2001 (BGBl. I S. 1950, 2004) geändert worden ist,“ durch die Angabe „§ 52 Abs. 5 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 4 Abs. 76 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3200) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung,“ ersetzt.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Nr. 1 wird die Angabe „§ 48 Abs. 1, § 46 Abs. 3 SächsWG“ durch die Angabe „§ 51 Abs. 1 WHG in Verbindung mit § 46 Abs. 1 SächsWG und § 53 Abs. 4 WHG in Verbindung mit § 47 Abs. 3 SächsWG“ ersetzt.
 - b) In Absatz 3 wird die Angabe „Artikel 48 des Gesetzes vom 28. Juni 2001 (SächsGVBl. S. 426, 430)“ durch die Angabe „Gesetz vom 2. April 2014 (SächsGVBl. S. 270)“ ersetzt.
 - c) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „§ 48 Abs. 7 SächsWG“ durch die Angabe „§ 99 Satz 2 in Verbindung mit § 97 WHG“ und die Angabe „§ 48 Abs. 1 Satz 1 SächsWG“ durch die Angabe „§ 51 Abs. 1 Satz 2 WHG“ ersetzt.
 - d) In Absatz 5 wird die Angabe „§ 19 Abs. 4 Satz 1 und 2 WHG“ durch die Angabe „§ 52 Abs. 5 WHG“ ersetzt.
3. In § 9 Abs. 1 Nr. 4 wird die Angabe „Verordnung über die Grundsätze der guten fachlichen Praxis beim Düngen (Düngeverordnung) vom 26. Januar 1996 (BGBl. I S. 118), geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 16. Juli 1997 (BGBl. I S. 1835, 1851)“ durch die Angabe „Verordnung über die Anwendung von Düngemitteln, Bodenhilfsstoffen, Kultursubstraten und Pflanzenhilfsmitteln nach den Grundsätzen der guten fachlichen Praxis beim Düngen (Düngeverordnung – DüV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 2007 (BGBl. I S. 221), zuletzt geändert durch Artikel 5 Abs. 36 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212, 248), in der jeweils geltenden Fassung,“ ersetzt.
4. In § 11 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 132 SächsWG“ durch die Angabe „§ 52 Abs. 5 WHG“ ersetzt.
5. Anlage 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Ziffer I wird wie folgt geändert:
 - aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 19 Abs. 4 WHG“ durch die Angabe „§ 52 Abs. 5 WHG“ ersetzt.

bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:

aaa) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. des Gesetzes zum Schutz der Kulturpflanzen (Pflanzenschutzgesetz – PflSchG) vom 6. Februar 2012 (BGBl. I S. 148, 1281), das durch Artikel 4 Abs. 87 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3200) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.“

bbb) In Nummer 4 wird die Angabe „Artikel 40 des Gesetzes vom 25. Juni 2001 (BGBl. I S. 1215, 1220)“ durch die Angabe „Artikel 1 des Gesetzes vom 31. Juli 2010 (BGBl. I S. 1050)“ ersetzt.

b) In Ziffer II Satz 1 wird die Angabe „§ 19 Abs. 4 WHG“ durch die Angabe „§ 52 Abs. 5 WHG“ ersetzt.

Artikel 5

Änderung der Sächsischen Badegewässer-Verordnung

In § 2 Satz 1 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales zur Umsetzung der Richtlinie 2006/7/EG über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung (Sächsische Badegewässer-Verordnung – SächsBadegewVO) vom 15. April 2008 (SächsGVBl. S. 279) wird die Angabe „nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a SächsWG, für ‚Grundwasser‘ und ‚Einzugsgebiet‘ nach § 1 Abs. 1 und 4 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 3245), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 10. Mai 2007 (BGBl. S. 666, 670)“ durch die Angabe „Grundwasser“ und „Einzugsgebiet“ nach § 3 Nr. 1, 3 und 13 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 4 Abs. 76 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3200)“ ersetzt.

Artikel 6

Änderung der Heilquellenverordnung

In § 1 Abs. 1 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales über die staatliche Anerkennung von Heilquellen (Heilquellenverordnung) vom 3. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 237) wird die Angabe „§ 46 Abs. 2 SächsWG“ durch die Angabe „§ 47 Abs. 2 SächsWG“ ersetzt.

Artikel 7

Änderung der Förderzuständigkeitsverordnung Umwelt/Landwirtschaft

In § 1 Abs. 1 Nr. 4 der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Übertragung der Zuständigkeit zur Durchführung von Förderprogrammen und Fördermaßnahmen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft und ländlicher Raum sowie Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz (Förderzuständigkeitsverordnung Umwelt/Landwirtschaft – SMULFördZuVO) vom 21. Dezember 2005 (SächsGVBl. S. 376), die zuletzt durch Verordnung vom 1. März 2013 (SächsGVBl. S. 218) geändert worden ist, wird die Angabe „§ 3 Abs. 2 des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) in der Fassung der

Bekanntmachung vom 18. Oktober 2004 (SächsGVBl. S. 482)“ durch die Angabe „§ 6 Abs. 1 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 4 Abs. 76 des Gesetzes vom 7. August 2013 (BGBl. I S. 3154, 3200) geändert worden ist“ ersetzt.

Artikel 8

Außerkräftreten von Rechtsvorschriften

Folgende Rechtsvorschriften treten außer Kraft:

1. die Gemeinsame Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts und der Wasserwirtschaft (Sächsische Wasserzuständigkeitsverordnung – SächsWasserZuVO) vom 17. Juni 2008 (SächsGVBl. S. 440), zuletzt geändert durch Artikel 25 der Verordnung vom 11. Dezember 2012 (SächsGVBl. S. 753, 762),
2. die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Bestandsaufnahme, Einstufung und Überwachung der Gewässer (Sächsische Wasserrahmenrichtlinienverordnung – SächsWRRLVO) vom 7. Dezember 2004 (SächsGVBl. S. 610), geändert durch Verordnung vom 26. Juni 2008 (SächsGVBl. S. 456),
3. die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landesentwicklung zur Umsetzung der Richtlinie 78/659/EWG über die Qualität von Süßwasser, das schutz- oder verbesserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten (Sächsische Fischgewässerverordnung – SächsFischgewV) vom 3. Juli 1997 (SächsGVBl. S. 494), geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 23. November 2001 (SächsGVBl. S. 736, 737),
4. die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft zur Umsetzung der Richtlinie 2000/76/EG über die Verbrennung von Abfällen hinsichtlich der Einleitung von Abwasser (Sächsische Abwasserverordnung für Abfallverbrennungsanlagen – SächsAbwAbfVerbrVO) vom 11. August 2003 (SächsGVBl. S. 310), geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503, 556),
5. die Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft über die Verringerung der Gewässerverschmutzung durch Qualitätsziele und Programme (Gewässerverschmutzungsverringerungsverordnung – SächsGewVVO) vom 1. Juni 2001 (SächsGVBl. S. 202), geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 7. Dezember 2004 (SächsGVBl. S. 610, 623).

Artikel 9

Inkräfttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Dresden, den 12. Juni 2014

Der Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft
Frank Kupfer

Die Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz
Christine Clauß

Abs.: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, „Entgelt bezahlt“, ZKZ 73796

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei, Archivstr. 1, 01097 Dresden, Telefon 0351 564-1184

Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur: Morten Wollenberg, SDV Vergabe GmbH, Tharandter Str. 35, 01159 Dresden, Telefon 0351 4203-1423, Telefax 0351 4203-1494

Gestaltung und Satz:

SDV Direct World GmbH, Tharandter Str. 23–35, 01159 Dresden

Druck:

SDV Direct World GmbH, Tharandter Str. 23–35, 01159 Dresden

Redaktionsschluss:

4. Juli 2014

Bezug:

Bestellungen nimmt die SDV Vergabe GmbH entgegen. Sylvia Kranke, SDV Vergabe GmbH, Tharandter Str. 35, 01159 Dresden, Telefon 0351 4203-1407, Telefax 0351 4203-1460. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Gesetz- und Verordnungsblattes beträgt 76,58 EUR (gedruckte Ausgabe) bzw. 41,77 EUR (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 5,02 EUR (gedruckte Ausgabe) bzw. 3,24 EUR (elektronische Ausgabe). Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer sowie inklusive Porto- und Versandkosten. Weitere Bezugsformen und Preise unter www.sachsen-gesetze.de. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.